



Landtag von Baden-Württemberg

25. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 10. Februar 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 9:31 Uhr

Schluss: 12:08 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	1337	b) Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1306	
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb	1337	c) Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1312	
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	1337	d) Staatshaushaltsgesetz 2017 – Drucksache 16/1117 – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1317	
Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus/NSU BW II“	1337	2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2017 – Drucksache 16/1118 Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1318	
Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Das Unterstützerumfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“ – Drucksachen 16/311, 16/1587	1337	3. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 20. Dezember 2016 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2016 bis 2020 – Drucksachen 16/1119, 16/1319	1338
1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017 (Staatshaushaltsgesetz 2017 – StHG 2017) – Drucksache 16/1117		Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	1338
a) Einzelplan 16: Verfassungsgerichtshof – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1316	1337	Abg. Tobias Wald CDU	1341
Beschluss	1337	Abg. Emil Sänze AfD	1343
		Abg. Peter Hofelich SPD	1344
		Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP	1347
		Staatssekretärin Dr. Gisela Splitt	1350
		Abg. Karl Klein CDU	1354
		Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD	1356
		Abg. Peter Hofelich SPD	1356
		Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	1358
		Beschluss	1358

4. Zweite Beratung

- a) des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – **Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes** – Drucksache 16/1582
- b) des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – **Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes** – Drucksache 16/1583
- Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/1586. 1364
- Beschluss 1364
5. Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 16/1452

6. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/1347 1365

Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 5 und 6. 1365

Nächste Sitzung 1365

Anlage 1
Vorschlag der Fraktion der AfD – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen 1366

Anlage 2
Vorschlag der Fraktion der AfD – Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus/NSU BW II“. 1367

Protokoll

über die 25. Sitzung vom 10. Februar 2017

Beginn: 9:31 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 25. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin!)

Beurlaubt für heute habe ich Herrn Abg. Born, Frau Abg. Eriikli, Herrn Abg. Kleinböck, Frau Abg. Lindlohr sowie Herrn Abg. Schreiner.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Gögel, Herr Abg. Dr. Kern, Herr Abg. Kopp, Herr Abg. Dr. Merz, Herr Abg. Stächele sowie Frau Abg. Walker.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Herr Ministerpräsident Kretschmann, Herr Minister Strobl, Herr Minister Untersteller, Herr Minister Lucha, Herr Minister Hermann, Herr Minister Wolf, Frau Staatsrätin Erler, Frau Staatssekretärin Schütz, Frau Staatssekretärin Olschowski sowie Herr Staatsminister Murawski.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bundesrats-sitzung!)

Meine Damen und Herren, wir haben heute ein Geburtstagskind in unseren Reihen. – Wo ist er?

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU erhebt sich von seinem Platz. – Beifall bei allen Fraktionen)

Lieber Kollege von Eyb, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen ganz herzlich und wünsche alles Gute.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Die Einladung nehmen wir gern an!)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, kommen wir nun zum Vorschlag der Fraktion der AfD für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage 1*). Sind Sie damit einverstanden, dass wir über diesen Vorschlag offen abstimmen? – Das ist der Fall.

Wer den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Umbesetzungen zugestimmt. Danke.

Weiter liegt Ihnen ein Vorschlag der Fraktion der AfD für Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus/ NSU BW II“ vor (*Anlage 2*).

Des Weiteren haben die Fraktion GRÜNE sowie die Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP/DVP einen Antrag auf

Erhöhung der Zahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder in diesem Untersuchungsausschuss, Drucksache 16/1587, vorgelegt, der sich auf Ihren Tischen befindet.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1587, auf Erhöhung der Mitgliederzahl abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt. Die Zahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder beträgt damit jeweils 13.

Wir können nun über den Vorschlag der Fraktion der AfD für Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss abstimmen. Sind Sie auch hier mit offener Abstimmung einverstanden? – Das ist der Fall.

Wer stimmt diesem Vorschlag der AfD-Fraktion zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diesen Umbesetzungen mehrheitlich zugestimmt. Vielen Dank.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017 (Staatshaushaltsgesetz 2017 – StHG 2017) – Drucksache 16/1117

Zunächst **Buchstabe a:**

Einzelplan 16: Verfassungsgerichtshof

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1316

Berichterstatter: Abg. Dr. Jörg Meuthen

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, zu diesem Einzelplan keine Aussprache zu führen. Daher kommen wir gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen. Der Finanzausschuss schlägt Ihnen vor,

Kapitel 1601

Verfassungsgerichtshof

zuzustimmen. Wer Kapitel 1601 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Da-

(Präsidentin Muhterem Aras)

mit ist Kapitel 1601 einstimmig zugestimmt, und wir sind am Ende der Beratung des Einzelplans 16.

Ich rufe die **Punkte 1 b bis 1 d** sowie die **Punkte 2 und 3** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 1 b:

Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1306

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Punkt 1 c:

Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1312

Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler

Berichterstatter: Abg. Emil Sänze

Berichterstatter: Abg. Gernot Gruber

Punkt 1 d:

Staatshaushaltsgesetz 2017 – Drucksache 16/1117

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1317

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

Punkt 2:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2017 – Drucksache 16/1118

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/1318

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

Punkt 3:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 20. Dezember 2016 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2016 bis 2020 – Drucksachen 16/1119, 16/1319

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung der Tagesordnungspunkte 1 b bis 1 d sowie 2 und 3 eine Redezeit von insgesamt 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünschen die Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Aussprache, und ich darf für die Fraktion GRÜNE das Wort Herrn Abg. Dr. Rösler erteilen.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zum Abschluss der Bera-

tungen zur zweiten Lesung darf ich – sicherlich auch im Namen des gesamten Finanzausschusses, der ja lange beraten hat – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien und in den Fraktionen einen Dank aussprechen. Es gab viele Mitternachtsschichten, es gab teilweise Schichten bis über Mitternacht hinaus. Ich glaube, hier sind viele Menschen dem Anspruch eines Vollzeitparlaments gerecht geworden. Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Danke auch an die Menschen, an die Unternehmerinnen und Unternehmer genauso wie an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Land. In Baden-Württemberg wird hart und erfolgreich gearbeitet. Deswegen haben wir eine gute Einnahmesituation. Das liegt in aller Ehrlichkeit weniger an uns hier im Raum und mehr an den Menschen draußen im Land.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er in seiner Haushaltsrede am Mittwoch, also vor zwei Tagen, zu Beginn der Debatte nicht nur die herausragende Stellung unserer Wirtschaft und Wissenschaft angesprochen hat, sondern auch den großen Veränderungsdruck und die gewaltigen Herausforderungen, denen die Unternehmen genauso wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land ausgesetzt sind.

Man denke an die Herausforderungen der Digitalisierung – wir hatten vor wenigen Tagen ein Gespräch mit dem Bankenverband, in dem noch einmal dramatisch deutlich wurde, wie tiefgreifend sich nicht nur das Verhalten von uns Menschen, sondern auch die Abläufe in Unternehmen, in Banken und auch die Strukturen im Land verändern –, aber auch die Veränderungen in der EU, der Weltpolitik und damit sehr wohl zusammenhängend des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei uns im Land angesprochen wurden.

Mit dem Haushalt 2017 verabschieden wir einen Haushalt, der drei Aspekte zusammenführt: erstens Nachhaltigkeit, zweitens Innovation und drittens gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Erstens: Der Haushalt ist nachhaltig. Wir machen keine neuen Schulden, nach 2015 und 2016 bereits zum dritten Mal in Folge. Wir sorgen mit dem Abbau des strukturellen Defizits dafür, dass Grün-Schwarz auch in den kommenden Jahren keine Schulden machen wird, dass wir die Schuldenbremse ab 2020 souverän und verlässlich einhalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich noch einmal die Anstrengungen, die die Ministerien für dieses Ziel erbringen mussten, hervorheben. Ich glaube, das ging manchmal etwas unter. Noch in kaum einem Haushalt der letzten Jahrzehnte wurde so massiv konsolidiert. Insgesamt 390 Millionen € werden von den Ministerien erbracht. Das war keinesfalls ein Zuckerschlecken.

(Abg. Peter Hofelich SPD: 370!)

(Dr. Markus Rösler)

– Wenn Sie der Finanzministerin im Dezember bei der ersten Lesung zugehört haben, dann wissen Sie, dass sie 390 Millionen € gesagt hat.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Die Zahl ist ja bekannt!)

Sie kennen die Auflistung dieser Einsparungen. Allein das Ministerium für Soziales und Integration muss nahezu 28 Millionen € erbringen. Oder nehmen Sie das vom Finanzvolumen her kleinste Haus, das Umweltministerium: Mit 12,4 Millionen € Einsparungen war das ein hoher Konsolidierungsbeitrag. Das war ein hartes Geschäft. Das war nicht angenehm. Trotzdem wurde das vollständig umgesetzt.

Diese Einsparungen in den Ministerien waren nur möglich, weil wir eine sehr gute Finanzministerin haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ohne Edith Sitzmann und natürlich alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus des Finanzministeriums wäre es nicht möglich gewesen, diese Einsparungen auch tatsächlich umzusetzen und durchzusetzen.

Für die Fachressorts ist es manches Mal ziemlich hart. Für die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik ist es immer gut. Wir bauen den Sanierungsstau ab. Hätten wir bereits die Doppik bei uns, wie die Gemeinden, dann würden wir sehen, dass die Aufhebung des Sanierungsstaus tatsächlich Schuldenabbau ist. Das ist nachhaltige Finanzpolitik.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Nicole Razavi und Tobias Wald CDU)

Wir kümmern uns um den größten Naturschutzetat der Landesgeschichte. Zusätzliche Investitionen in den Klimaschutz zeigen, dass uns die Lebensgrundlagen für uns und für künftige Generationen wichtig sind.

Der Haushalt ist nicht auf Kante genäht. Wir bilden – auch dies ist ein Aspekt der Nachhaltigkeit – ausreichend Rücklagen für die Haushaltsrisiken, und zwar, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition – ich suche gerade den Kollegen Hofelich –,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der sitzt doch direkt vor Ihnen! – Abg. Peter Hofelich SPD: Der sitzt Ihnen quasi auf der Pelle! – Heiterkeit)

in Übereinstimmung mit dem Rechnungshof – Herr Munding ist da –, der uns in den Beratungen des Finanzausschusses ausdrücklich bestätigt hat, dass dieser Weg legitim, legal und richtig ist.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie können sanieren und tilgen!)

Leider hat die Aussicht auf mögliche Überschüsse des Jahres 2016 in der SPD-Fraktion zu ziemlicher Erinnerungslosigkeit geführt, zumindest in finanzpolitischer Hinsicht.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Warum lesen Sie den Satz ab? – Heiterkeit)

– Weil er so unglaublich ist, dass ich mich versichern muss, lieber Peter.

(Heiterkeit)

Bis vor Kurzem haben Sie noch Minister und Staatssekretär gestellt und im Landtag ein strukturelles Defizit von 3 Milliarden € vorgerechnet, und jetzt plötzlich verkünden Sie, das Land schwimme in Geld.

Auch wenn die Anträge der SPD den Eindruck hinterlassen sollen, der Haushalt sei bereits strukturell saniert: Es gilt immer noch die Regel, dass man jeden Euro bloß einmal ausgeben kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Aber selbst dann – es sind keine fünf, lieber Kollege Stoch –, wenn man einen möglichen Überschuss aus dem Jahr 2016 schon vorab ausgibt, wie Sie das vorschlagen, kann man damit doch nicht im Ernst strukturelle Mehrausgaben, wie sie die SPD beispielsweise mit ihren Anträgen zu den Lehrerstellen begehrt hat, gegenrechnen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Über tausend wollen Sie streichen! Skandal!)

Das ist schlicht unseriös, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Leere Klassenzimmer sind unseriös! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das geht schon gar nicht, wenn man dann auch noch eine Senkung der Grunderwerbsteuer in Aussicht stellt. Zu behaupten, es sei Geld wie Heu vorhanden und man könne zugleich erstens deutlich mehr Geld ausgeben – über 250 Millionen € sind es nach Ihren Anträgen –, zweitens die Steuern senken, wie Sie das für die Grunderwerbsteuer angekündigt haben – wahrscheinlich noch einmal ein paar Millionen –, und drittens noch Schulden in Höhe von 411 Millionen € abbauen, das alles ist unglaubwürdig und unseriös obendrein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: 3 Milliarden € Mehreinnahmen! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Unseriös ist die Streichung von über tausend Lehrerstellen!)

Zweitens: Der Haushalt ist ein Haushalt der Innovation.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

– Innovation, falls jemand das Wort nicht kennt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Mit kräftigen Investitionen in die zentralen Zukunftsfelder kümmern wir uns um die ökonomischen, ökologischen und sozialen Grundlagen des Wohlstands von morgen: Digitalisierung und Breitbandausbau – über 100 Millionen € –, E-Mobilität, Verpflichtungsermächtigungen auch zur Absicherung, Naturschutz, Klimaschutz und 11 Millionen € für die baden-württembergischen Universitäten für die Anfangsphase der Exzellenzstrategie des Bundes. Damit übernehmen wir Verantwortung für die Zukunft des Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

(Dr. Markus Rösler)

Drittens: gesellschaftlicher Zusammenhalt. Wir stärken die innere Sicherheit mit zusätzlichen Stellen bei der Polizei

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Wie das denn?)

und mit Mitteln für die Terrorabwehr. Wir investieren kräftig in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum: 250 Millionen € in die Wohnraumförderung – so viel Geld wie noch nie.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Fast nur Bundesgeld! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Der größte Teil dieser Fördergelder geht übrigens in den sozialen Mietwohnungsbau: zirka 180 Millionen €.

Wir investieren in die Integration und haben dazu gute Vereinbarungen mit den Kommunen geschlossen, beispielsweise im Pakt für die Integration. Das Finanzministerium ist den Kommunen in der Frage der zu berücksichtigenden Zeiträume übrigens nochmals entgegengekommen.

Darüber hinaus stellen wir in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 70 Millionen € für Integrationsförderprogramme zur Verfügung. Die entsprechenden Programme werden in Absprache mit den kommunalen Landesverbänden erarbeitet. Das zeigt nochmals, dass wir gut und vertrauensvoll mit den Kommunen im Land zusammenarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es ist ohne Frage Aufgabe der Politik, den richtigen Rahmen für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu setzen, egal, welche Couleur die Regierungsparteien besitzen. Bei aller Unterschiedlichkeit in Einzelpositionen ist es Aufgabe der Opposition, diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt auch in ihre Ideen für Anträge zum Haushalt zu integrieren.

Ein glattes und kaltes Gegenstück zu einem Haushalt für gesellschaftlichen Zusammenhalt bieten die Anträge der AfD. In den Beratungen im Finanzausschuss haben Sie häufig nichts zu Ihren eigenen Anträgen gesagt. Ihre teils schon absurden Anträge beinhalten Spaltpilze inmitten unserer weltoffenen und toleranten Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Mit dem Hinweis, Integration sei eine Bringschuld, beantragen Sie heute erneut, den Kommunen Mittel für die Integration zu streichen. Sie wissen ganz genau, dass Integration Geld kostet, und beklagen das an anderer Stelle wortreich. Dann wissen Sie auch, was es bedeutet, Geld für Integration zu verweigern, und das wohlgerne für anerkannte Asylbewerber, das heißt diejenigen, die bei uns bleiben, weil das rechtens ist.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Über die Regelungen des Sozialgesetzbuchs hinaus beantragen Sie doch Geld!)

Dafür wollen Sie Geld streichen. Besonders perfide finde ich aber folgendes Beispiel: Im Einzelplan 01 wollen Sie die Mittel für die Servicestelle Friedensbildung streichen mit dem Argument, Frieden könne durch verschiedene andere Dinge, beispielsweise durch einen Austausch von Kulturen, entstehen,

während Sie im Einzelplan 14 dann die Mittel für das Institut für Auslandsbeziehungen streichen wollen, ebenso Mittel für internationale Kooperationen. Das macht keinen Sinn.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Wir alle lesen in den Zeitungen, dass die Kirchen hart einsparen müssen.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Oh!)

Wir alle wissen, dass die Kirchen in dieser Zeit wichtiger Kitt in unserer Gesellschaft sind.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Stehen Sie da nicht auf dünnem Eis?)

In dieser Zeit schlagen Sie vor, Einsparungen bei Fördergeldern für die Kirchen vorzunehmen,

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ja!)

dies wohlgerne mit der sachlich doppelt falschen Behauptung, zum einen sei Energieeinsparung nicht erforderlich, und zum anderen hätten die Kirchen ohnehin zu viel Geld.

(Zurufe von der AfD)

– Das ist unglaublich, in der Tat.

(Zurufe von der AfD)

Wir können stolz sein auf viele gute Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Karl Klein CDU: Jawohl!)

Die Zahl ersterer könnte sich noch etwas erhöhen. Wir können stolz sein auf viele gute Gemeinderätinnen und Gemeinderäte.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Eine postfaktische Rede!)

Die große Mehrzahl haushaltet seit vielen Jahren verantwortungsvoll, im Gegensatz zu manchen Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Aber es sind eben schwäbische Häuslebauer nach dem Motto „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Die Konsolidierung des Landeshaushalts kann nur gelingen, wenn die Kommunen mit an Bord sind. Das ist uns allen bewusst – ich hoffe, wirklich allen. Deshalb haben wir in der Gemeinsamen Finanzkommission von Land und Kommunen ein faires, für beide Seiten akzeptables Abkommen getroffen, mit dem die Kommunen gut leben können.

(Abg. Anton Baron AfD: Zwangsenteignet haben Sie die!)

Ich sage es an dieser Stelle noch einmal ganz klar: Die Kommunen fahren mit dieser Vereinbarung zwischen Land und Kommunen nicht schlecht.

(Dr. Markus Rösler)

(Abg. Anton Baron AfD: Jetzt treiben Sie es über die Bürger ein, über das Gewerbe!)

Im Gegenzug zum erhöhten Vorwegabzug erhalten die Kommunen nämlich zusätzliche Mittel aus dem Pakt für Integration und aus dem Faktenfindungsprozess zukünftig für die Dauer der Vereinbarung frisches Geld aus dem kommunalen Sanierungsfonds.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sie nehmen den Leuten das Geld weg, um es dann wieder zu verteilen! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Von den 410 Millionen € gehen 10 %, das heißt 41 Millionen €, direkt wieder über die Tilgungsverpflichtung, über § 18 LHO, an die Kommunen zurück. Dies wird sich noch auf 60 Millionen € im Jahr 2018 und auf fast 100 Millionen € im Jahr 2019 erhöhen – frisches Geld für die Kommunen.

Ministerpräsident Kretschmann hat im Zuge der Finanzverhandlungen zwischen Bund und Ländern zusätzlich noch erreicht, dass ab 2020 weitere 200 Millionen € bei den Kommunen konkret ankommen. Das heißt, wir stärken die Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Ein Witz! – Zuruf des Peter Hofelich SPD)

Wir halten übrigens den Abbau des Sanierungsstaus bei Gebäuden – ich habe dies vorhin angesprochen –, im öffentlichen Nahverkehr, bei den Straßen in der derzeitigen Ausnahmesituation für wirtschaftlich klüger als den Abbau von Kreditmarktschulden.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Ausnahme ist der Minister!)

Dies – ich habe es vorhin schon gesagt – findet durchaus

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Freie Rede, Herr Kollege!)

das Wohlwollen des Rechnungshofs, wie Sie wissen, wenn Sie im Finanzausschuss gut zugehört haben.

Wir alle kennen diese Beiträge des Rechnungshofs, in denen er seit vielen Jahren darauf hinweist, dass nicht nur Kreditmarktschulden und die schwarze Null, sondern auch die implizite Verschuldung betrachtet werden müssen. Wir haben deshalb im Rahmen der Haushaltsberatungen neben der Aufstockung des kommunalen Sanierungsfonds noch einmal 30 Millionen € zusätzlich in den Erhalt der Gebäude – also in den Hochbau – und 30 Millionen € in die Sanierung von Landesstraßen – also in den Tiefbau – gesteckt.

Wir nutzen die Änderung der Verordnung zu § 18 LHO für ein Schienenfahrzeugförderprogramm in Höhe von 60 Millionen € – über drei Jahre gestreckt, also drei Mal 20 Millionen € –,

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

um damit erneut die Kommunen bei der Modernisierung des Schienenverkehrs und Schienennahverkehrs gezielt zu unter-

stützen. Auch dies ist ein wichtiges Programm zum einen zum Abbau des Sanierungsstaus und zum anderen zur Unterstützung der Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, wer te Kolleginnen und Kollegen, von einem Abbau der Kreditmarktschulden hätten die Kommunen nichts. Auch deshalb ist unser Weg, zuerst den Sanierungsstau in Angriff zu nehmen, die bessere Alternative.

Der Haushalt 2017, den wir hier vorlegen, ist ein guter Haushalt, ein Haushalt, der nachhaltig ist, der innovativ ist, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wald das Wort.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir sind mit dem heutigen Plenartag auf der Zielgeraden der Beratungen des Haushalts 2017 angelangt. Die Ziellinie werden wir in zwei Wochen mit der dritten Lesung des Haushalts erreichen. Heute beraten wir die wichtigsten Elemente des Haushalts, den Einzelplan 06 – Finanzministerium –, das Staatshaushaltsgesetz, den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung –, das Haushaltsbegleitgesetz und die mittelfristige Finanzplanung. Denn eines ist klar: Ohne Finanzmittel geht nichts. Das gilt für die Privatwirtschaft, aber auch für die öffentliche Hand.

Eines vorweg: Als finanzpolitischer Sprecher war mir sehr wichtig, dass wir endlich wieder ein eigenes Finanzministerium erhalten, das den Namen verdient. So können unsere Ministerin und die Staatssekretärin, die gute Arbeit machen,

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

ihre ganze Arbeitskraft dem Thema Finanzen widmen. Es bestehen keine Interessenkonflikte mehr; Finanzen stehen im Mittelpunkt.

Die Regierungsfaktionen haben in den Finanzausschussberatungen und in den Beratungen der letzten Tage in der zweiten Lesung als Legislative deutliche eigene Akzente gesetzt. Ich verweise hier gern auf unsere Änderungsanträge der letzten Beratungswochen. Ich verweise insbesondere auf das Paket zur inneren Sicherheit und auf wichtige Mittelaufstockungen in den Bereichen Verkehr und Hochbau. Damit werden wir wichtige Maßnahmen für die innere Sicherheit, die Justiz und die Infrastruktur ansetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt von Grün-Schwarz ist das Megathema Digitalisierung. Wir haben zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen für die Breitbandversorgung in Höhe von 25 Millionen € eingestellt. Denn wir wollen, dass alle kommunalen Anträge auf Breitbandförderung auch bedient werden können, sei es im Schwarzwald, im Rheintal, auf der Ostalb. Kein Landesteil soll benachteiligt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Oder in Ober-

(Tobias Wald)

schwaben! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Und im Kreis Ludwigsburg!)

– Selbstverständlich auch in Oberschwaben und Hohenlohe.

Des Weiteren haben wir Gelder für die Mehrlingsgeburten erhöht und das erfolgreiche Landärzteprogramm weiterentwickelt.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie haben etwas vergessen: Erst gestrichen und dann erhöht!)

Außerdem werden wir ein Stipendienprogramm für junge Mediziner im ländlichen Raum auf den Markt bringen. Damit stärken wir zum einen den ländlichen Raum, setzen zum anderen aber auch wichtige Impulse im Bereich Soziales.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut! – Gegenruf des Abg. Peter Hofelich SPD: Das hörst du zum ersten Mal!)

Gemeinsam mit unserem Regierungspartner haben wir mehrere Anträge zur Stärkung des Ehrenamts eingebracht. Beispielfähig möchte ich auf den Antrag zum Thema „Ehrenamt unter dem Blaulicht“ und auf die wichtigen Investitionskostenzuschüsse zum Neubau der Blasmusikakademien im Land hinweisen. Gemeinsam mit der grünen Landtagsfraktion haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Tagesmütter ihre erfolgreiche Arbeit weiterentwickeln können. Wir haben das Volumen für Straßenbaumittel nochmals um weitere 30 Millionen € erhöht, wir haben die Mittel für den Hochbau um 30 Millionen € aufgestockt und 20 Millionen € für die Förderung von Schienenfahrzeugen in den Haushalt eingestellt.

Aber dies war nur möglich, indem wir eine Änderung der Verwaltungsvorschrift zur Schuldenbremse in § 18 der Landeshaushaltsordnung vorgenommen haben. Somit werden zukünftige implizite Schulden gleichrangig zu den expliziten Schulden gestellt. So ist es möglich, auch Sanierungs-, Ersatz- und Erhaltungsmaßnahmen richtig durchzufinanzieren. Die neue LHO setzt klare und strenge Vorgaben. Dies war gerade der CDU-Landtagsfraktion sehr wichtig.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Uns auch!)

Gerade in Zeiten der Niedrigzinsphase, in der wir uns derzeit befinden, sind Investitionen in die öffentliche Hand, in das öffentliche Vermögen sehr sinnvoll. Je länger eine Sanierung hinausgeschoben wird, desto teurer wird sie. Also handeln wir richtig; wir investieren jetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr gut!)

Der Rechnungshof und namhafte Wirtschaftsinstitute bestärken uns in unserem Vorgehen. So schaffen wir es, den Sanierungsstau in den Universitäten, Hochschulen, Behördengebäuden deutlich abzubauen und dringend reparaturbedürftige Landesstraßen zu sanieren. Wir haben einen zusätzlichen kommunalen Sanierungsfonds eingerichtet. So erhalten unsere Städte und Gemeinden zum Abbau der dortigen impliziten Verschuldung die notwendigen Mittel. Alles sind sinnvolle Investitionen, die jetzt endlich angestoßen werden können.

Natürlich wäre auch für uns eine Tilgung von Altschulden wünschenswert. Aber es geht halt nicht alles auf einmal. Die CDU-Landtagsfraktion strebt die Schuldentilgung klar an, aber seriös und nicht wie sie die Kollegen der SPD vorgeschlagen haben.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Was haben Sie die letzten 30 Jahre gemacht als CDU-Fraktion? – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Gut regiert!)

Das Geld für eine Schuldentilgung liegt nicht einfach in der Luft. Vielmehr müssen wir ein Gesamtkonzept zur Tilgung von Altschulden schaffen, das mit dem Haushalt vereinbart werden kann. Wer Haushalte auf Kante näht, wird Schiffbruch erleiden.

Im Jahr 2017 wird es noch viele Haushaltsrisiken geben. Viele Mehrausgaben sind ungewiss. Nichts ist zum Nulltarif zu haben. Ich denke da an die Erhöhung der Privatschulförderung oder an den Unterhaltsvorschuss.

Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion strebt einen längerfristigen Pakt mit unseren Beamtinnen und Beamten an.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Hierzu zählt für mich auch das Rückgängigmachen der Absenkung der Eingangsbesoldung, welche unter der Federführung der SPD durchgezogen wurde.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Auch der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst und dessen schnelle Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten sollten hierbei berücksichtigt werden. Dies kostet aber Geld.

Klar ist: Die CDU steht als fairer und verlässlicher Partner zu den Beamtinnen und Beamten. Wir verhandeln auf Augenhöhe.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, die mittelfristige Finanzplanung zeigt sehr deutlich: Die Deckungslücke, die wir vom SPD-geführten Finanz- und Wirtschaftsministerium geerbt haben,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Und die Milliardenrücklagen? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Geerbt haben Sie auf jeden Fall! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Meine Herren!)

ist zwar trotz unserer massiven Konsolidierungsanstrengungen gesenkt worden, sie ist aber, meine Damen und Herren, noch immer extrem hoch.

Wir haben große Aufgaben vor uns. Ich denke da gerade auch an die Schuldenbremse 2020, die wir einhalten müssen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend ein dickes Lob an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzministeriums, der Finanzämter und der gesamten Finanzverwaltung richten. Sämtliche Ausgaben im Landeshaushalt, mit denen wir Gegenwart und Zukunft gestalten, sind nur möglich, wenn auch die entsprechenden Einnahmen zur Verfügung stehen – dank der Bürgerinnen und Bürger, dank der

(Tobias Wald)

Unternehmen. Aber das Geld muss auch zusammengehalten werden, so, wie es unsere Finanzbehörden machen. Gemeinsam machen wir gute Arbeit – Tag für Tag.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Sänze.

Abg. Emil Sänze AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten heute u. a. auch unter dem Stichwort Einzelplan 12 des Staatshaushaltsplans den Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2017.

(Abg. Tobias Wald CDU: So weit richtig!)

Der Etat umfasst rund 47 Milliarden €. Das Gesamtvolumen des Haushalts für das Jahr 2017 einschließlich der globalen Mehrausgaben hat sich aufgrund der vom Ausschuss beschlossenen Anträge nochmals um 189 Millionen € erhöht. Erfreulich ist, dass wir mit Steuereinnahmen in Höhe von über 36 Milliarden € brutto rechnen können. Das ist ein äußerst erfreuliches Ergebnis für das Land.

Dennoch wollen wir nicht nur die Ausgaben betrachten, sondern auch die Einnahmeströme, was natürlich existenziell wichtig ist. Bevor ich mich aber mit der Analyse der Einnahmeseite befasse, sollten wir uns die Herausforderung, vor allem die Rede von Frau Finanzministerin Sitzmann, ins Bewusstsein rufen. Sie titulierte den Haushalt mit „Solide Haushalten, Zukunft sichern, Zusammenarbeit stärken“. Besser wäre aus meiner Sicht gewesen: „Zukunft planen heißt Ziele formulieren“.

Sie eröffnet damit, dass wir in global unsicheren Zeiten leben, natürlich nicht ohne Seitenhieb auf die Gefahren des Populismus. Eine Randbemerkung sei erlaubt: Eine gewisse Selbstreflexion wäre manchmal förderlich.

(Heiterkeit des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Aber kommen wir zur Aussage, dass wir in global unsicheren Zeiten leben. In der Tat leben wir in unsicheren Zeiten. Denken wir an die Digitalisierung, an den Umbau der Individualmobilität aufgrund neuer Antriebstechnologien oder an zunehmend zu erwartende protektionistische Maßnahmen, die schon derzeit in China en vogue sind und in den USA zu erwarten sind. Aber vor allem denken wir an die Wanderbewegung von Millionen von Menschen von Süden nach Norden. Heißt dies doch gerade für Baden-Württemberg konkret, gigantische Herausforderungen zu bewältigen, die nach Meinung der AfD im Haushaltsansatz der Landesregierung gar keinen oder nur marginalen Niederschlag finden.

Denken wir an die Digitalisierung, die hier häufig bemüht wird, und die Tatsache, dass wir unsere Netze jetzt mit 49 Mbit/s aufrüsten, und denken wir daran, dass manche Industrieländer mit 300 Mbit/s unterwegs sind. Ich sage Ihnen: Da unterhält sich ein Steinzeitmensch mit einem Neuzeitmenschen. Da haben wir also viel zu tun.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Ist der Landesregierung bewusst, dass durch die Digitalisierung ungefähr 4,4 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen können? Experten gehen zwar grundsätzlich nicht davon aus, dass die Technik ganze Berufe ersetzen wird, aber eine Berufsgruppe, in der schon heute mehr als 70 % aller Tätigkeiten von Computern übernommen werden, muss sich in Zukunft warm anziehen.

Das durchschnittliche Substitutionspotenzial ist im Berufsegment der Fertigungsberufe mit mehr als 70 % am höchsten. Im Segment fertigungstechnischer Berufe lassen sich fast 65 % der Tätigkeiten automatisieren. In allen anderen Berufsegmenten liegt das gewichtete durchschnittliche Substitutionspotenzial zwar unter 50 %; dennoch wird es zu einem gewaltigen Umbau der Industrien gerade in Baden-Württemberg führen.

In den einzelnen Berufen innerhalb der Segmente können die Werte ganz anders aussehen. So lassen sich beispielsweise in den Chemie- und den Kunststoffberufen 89,8 % der Tätigkeiten von Menschen erledigen. Während sich ein Musiklehrer heute noch gar nicht und der Postbote allenfalls teilweise vom Computer bzw. von der Drohne ersetzen lassen, können 83,3 % der Arbeiten eines Helfers in der Chemie und der Pharmatechnik problemlos durch Roboter erledigt werden. Das sind Gefahren, die auf uns zukommen und denen wir gewahr werden müssen.

Schauen wir einmal auf die Position der Landesbeamten und -angestellten. Glauben Sie, dass die Digitalisierung an denen vorbeigeht? Ich glaube es nicht. Finden wir im Haushalt auch nur einen Hinweis außer k.w. – künftig wegfallend –, nur eine Position, die dieser Entwicklung Rechnung trägt? Nein, es wird sogar eine Kostenmehrung eingeplant, wenn auch Stellen eingespart werden.

Schauen wir uns die Integrationsaufwendungen im Landeshaushalt an. Da werden locker Milliarden für die Integration von illegalen Einwanderern ausgegeben, wohl wissend, dass sie keine berufliche Perspektive in Deutschland und schon gar nicht in einem Hochtechnologieland wie Baden-Württemberg haben werden.

(Beifall bei der AfD)

Ich werde Sie jetzt ein bisschen langweilen. Denn zukünftig sind Berufe betroffen wie Bäcker, Konditoren, Bank- und Versicherungskaufleute, Bauberufe, Berufe der Körperpflege, Büro- und Hilfsdienste, Chemie- und Kunststoffberufe, Fahrzeug- und Flugzeugbau, Wartungsberufe, feintechnische Berufe, Fleischer, Gesundheitsberufe, Getränke- und Genussmittelhersteller, Groß- und Einzelhandelskaufleute, Hausmeister, Hotel- und Gastronomie, Hauswirtschaft usw. Wenn Sie so wollen, ist es eine Tour d'Horizon durch alle Sparten und Berufe, die von der Digitalisierung betroffen werden.

(Abg. Tobias Wald CDU: Deshalb haben wir einen Technologiebeauftragten eingesetzt! – Gegenruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Der wird es dann ja lösen! – Gegenruf des Abg. Tobias Wald CDU: Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium! Richtig, Herr Kollege!)

Last, but not least wird es auch die Verwaltungsberufe und die Beamten erwischen. Anstatt den sogenannten Flüchtlingen klarzumachen, dass sie nie oder kaum eine langfristige Pers-

(Emil Sänze)

pektive in Deutschland finden werden, schaffen die Regierungsparteien Positionen, die vorgaukeln sollen, dass wir die Lage in den Griff bekommen. Das Enabling dieser Menschen für die Rückkehr wäre der richtige Weg, und keine Integrationsbemühungen. So werden Haushaltspositionen in Höhe von mehreren Milliarden Euro quer über alle Ressorts verteilt.

Kommen wir zum zweiten Prestigeobjekt der Landesregierung, der Elektromobilität und deren Auswirkungen für Baden-Württemberg. Der Einsatz neuer Komponenten in Elektrofahrzeugen bewirkt spürbare Veränderungen in der Wertschöpfungskette: Batterien, Elektromotoren und die komplexe Steuerelektronik bis hin zum Karosseriebau erfordern neues Know-how. Zetsche hat uns ja schon mal vorgewarnt. Er denkt über Werke im Ausland nach, er denkt an den Abbau von Arbeitsplätzen.

Technologien, die in Verbrennungsmotoren zum Einsatz kommen, wie z. B. die Herstellung mechanischer Antriebskomponenten, werden langsam, aber stetig an Bedeutung verlieren.

Eine rechtzeitige Orientierung bis hin zur Produktion von neuen Komponenten sichert den Technologievorsprung und somit Arbeitsplätze. Die Einführung von Elektromobilität erfordert eine zukunftsorientierte Planung der Ressourcen und ein umfangreiches Rohstoffmanagement. Wenn ich in den Haushalt schaue, muss ich feststellen: Fehlanzeige in dieser Steuerungsrichtung.

Qualifizierung der Mitarbeiter: Der Bedarf in den Bereichen Mechanik und Metallverarbeitung wird tendenziell sinken, während vor allem in den Bereichen der Mikroelektronik und der Herstellung von Kunststoffen neuer Bedarf entstehen wird. Auch in Forschung und Entwicklung wird sich dieser Trend fortsetzen.

Merken Sie etwas? Wir finden zwar im Landeshaushalt Indizien, wie der Umbau der Ausbildungsstränge oder die Entlastung des Mittelstands stattfinden sollen, aber ich frage Sie: Reicht dies angesichts dieser Entwicklung?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Finden wir deutliche Hinweise für die Entlastung des Mittelstands? Wenn Sie sich die Position „Kapitalsteuer“ anschauen, werden Sie feststellen, dass diese mehrheitlich vom Mittelstand getragen wird, weil sich die international aufgestellten Unternehmungen durch ihre Bilanzgestaltung dieser Steuer entziehen können.

Schauen wir uns das Kapitel 1201 – Steuern – etwas genauer an. Beachten Sie bitte die Position mit 13,056 Milliarden €. Zwar verbessert sich die Einnahmesituation gegenüber 2014 ff. deutlich. Aber was sagen uns die Zahlen? Woraus resultiert der Zuwachs dieser Position? Etwa aus der Tragfähigkeit der Beschäftigungsverhältnisse?

Wenn Sie an die E-Mobilität denken, die die Zukunft dominieren wird, erkennen Sie, dass uns dies schwer auf die Füße fallen wird. Auch in Baden-Württemberg sind viele Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Es herrscht zwar nahezu Vollbeschäftigung, und es fällt kräftig Lohnsteuer an. Aber ist dieser Steuerstrom nachhaltig, um die Haushalte der Zukunft zu sichern?

(Zuruf von der AfD: Wohl nicht!)

Ich wage dies zu bezweifeln.

Betrachten wir die Position Umsatzsteuer. Mit 11,5 Milliarden € generieren wir durch die Umsatzsteuer und die Einfuhrumsatzsteuer etwa ein Drittel des Gesamtsteueraufkommens. 2007 wurde die Umsatzsteuer unter Täuschung des Wählers im Wahlkampf auf 19 % erhöht.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ja, das war eine Nummer!)

Was aber tun wir, wenn sich die Steuer nun nicht weiter aufblähen lässt? Was tun wir, wenn dies im Hinblick auf die Steuertragfähigkeit mancher Bevölkerungsschichten nicht mehr zumutbar ist?

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Wenn Sie diese Herausforderung unter dem Aspekt der Anforderungen an die Industrie und der sich verändernden Arbeitswelt neu bewerten, werden Sie zu dem Schluss kommen, dass wir schnellstens umallokieren und viel Geld und Entlastung für den Mittelstand in unserem Land bereitstellen müssen. Denn der Mittelstand prägt Baden-Württemberg und ist die Stütze unseres Haushalts.

(Beifall bei der AfD)

Um die Zukunft und das Überleben der Wirtschaft und des Mittelstands in Baden-Württemberg sicherzustellen, geben wir den Menschen lieber eine Zukunftsperspektive und sagen wir, dass wir die Herausforderungen anpacken, anstatt hier weiterhin unsere ideologischen Modelle zu pflegen.

Erinnern wir uns an den Eingangstitel „Solide Haushalten, Zukunft sichern, Zusammenarbeit stärken“. Wir, das Parlament, die verantwortlichen Politiker, sollten die Herausforderung annehmen. Dazu gehört aber auch, lieb gewonnene ideologische Haushaltspolitiken loszulassen und alles in den Umbau der Wirtschaft in unserem Land zu stecken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

(Abg. Dr. Stefan Fust-Blei SPD: Jetzt kommt Substanz!)

Abg. Peter Hofelich SPD: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Gern ergreife auch ich die Gelegenheit, zu Beginn der heutigen Haushaltsberatungen für die sozialdemokratische Fraktion allen Danke schön zu sagen, die hierzu beigetragen haben: dem Herrn Ausschussvorsitzenden Stickleberger, den Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses, der uns unterstützenden Landtagsverwaltung wie auch der Ministerialverwaltung. Sie alle haben es uns leichter gemacht, den Haushalt zu beraten. Dafür danke ich. Ich danke auch denen, die die Grundlagen dafür im Land Baden-Württemberg schaffen mit der Wertschöpfung, die tagtäglich in unserem Land geschieht. Der Kollege Rösler hat es – etwas pauschal – angesprochen mit den Menschen und den Unternehmern. Ich erlaube mir herauszu-

(Peter Hofelich)

heben: Ich danke den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für den Wohlstand, der in Baden-Württemberg geschaffen wird.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die habe ich auch genannt!)

In der Tat können wir auf vier Jahren ohne Neuverschuldung – hier sind Sie mit dem Zählen nicht ganz mitgekommen – in der vergangenen Legislaturperiode aufbauen. Nun beraten wir einen Haushalt, der darauf aufbauen kann. Herr Rülke wird ebenfalls nicht müde, auf das hinzuweisen, was in der Vergangenheit aufgebaut worden ist,

(Abg. Anton Baron AfD: 40 % mehr Einnahmen!)

damit nun eine weitere Nullneuverschuldung möglich ist – die von Anfang an perspektivisch auch immer möglich war. Wir freuen uns, dass wir dazu beitragen können. Dies ist ein Haushalt, der zeigt, dass Baden-Württemberg Zukunft hat.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Aber Sie werden nicht darum herumkommen, dass der Vertreter der Opposition einiges ansprechen wird, was sich mit diesem Haushalt sehr bedenklich weiterentwickelt.

Wir beenden mit dem heutigen Tag und mit der noch folgenden dritten Lesung die erste Phase grün-schwarzer Finanzpolitik, welche mit parteispitzeninternen Geheimabsprachen begann und nun mit Anträgen endet, die man kurz vor der Plenardebatte von den Regierungsfractionen vorgelegt bekommt.

Dass kurz vor den Plenardebatten ohne Vorberatung noch Anträge eingereicht werden – oft mit millionenschweren Verpflichtungsermächtigungen, die in die Jahre 2018, 2019, 2020 reichen, Jahre, die die Frau Finanzministerin als schwierig für den Haushalt ansieht –, dass üblicherweise fraktionsübergreifend und konsensual gefasste Beantragungen aus diesem Haus, z. B. zum Datenschutz, zu einem hinausgezögerten Koalitionssolo werden, dass ein haushaltrelevantes Sicherheitspaket – das sicher konsensträftig wäre – ohne Vorberatung publikumswirksam kurz vor die Plenarberatung gezogen wird – alles unter Umgehung des dafür zuständigen Finanzausschusses –, dass wir – wir sind ja nicht weinerlich – Anträge, die mit Koalitionsanträgen identisch sind, im Ausschuss abhaken können, dass wir Informationen, die beantragt worden sind, etwa zum Stand der Rücklagen, erst kurz vor der Plenarsitzung erhalten, das alles geht nicht!

Mit der Beratung des Haushaltes 2017 wurde die durch das Königsrecht des Parlaments definierte Grenze zwischen Regierung und Parlament – das Königsrecht des Haushalts – ein spürbares Stück verrückt. Dafür trägt Grün-Schwarz die Verantwortung. Das geht nicht. Wir fordern Sie auf, zu einer anderen Praxis zurückzukehren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Die offenbar notorische Fingerhakelei und Profilierungssucht von Grün-Schwarz ist kein Grund für ein solches unsere Rechte verletzendes Gebaren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Ich kann Ihnen nur eines zurufen: Hochmut kommt vor dem Fall. Die CDU kennt das ja bereits.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der AfD – Abg. Tobias Wald CDU: Die SPD noch besser!)

Das war wichtig. Nehmen Sie es sich zu Herzen.

Das Muster war ja auch erkennbar bei einem wichtigen finanzpolitischen Baustein des Haushaltes 2017, nämlich der willkürlichen Änderung von § 18 der Landeshaushaltsordnung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Na ja, Willkür ist etwas anderes, Herr Kollege!)

– Kollege Schwarz, bitte Mäßigung, sonst reden wir einmal über Ihre Hallelujas.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, gern! Jederzeit, Herr Kollege!)

Es gab einmal in den großen Zeiten der Stuttgarter Dixieland-Szene eine Gruppe, die hieß „Halleluja Ramblers“. Sie schaffte es, wirklich richtig schräg zu spielen, aber trotzdem jeden Ton zu treffen. Bei Ihnen, Herr Schwarz, ist es nur schräg.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Tata, tata! Ein Hoch auf die Blasmusik! – Vereinzelt Beifall – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Und auf die Staatsoper, und auf die Popakademie!)

– Sie sprechen mit einem ehemaligen Aufsichtsrat.

Es ist so, dass die Vorgängerregierung mit einem Ministerpräsidenten, der in der Verantwortung war, Recht geschaffen hat zur Landeshaushaltsordnung und dass dieses Recht nicht einfach durch opportunistische Überlegungen – will ich mit den 411 Millionen € linksherum oder rechtsherum gehen? – außer Kraft gesetzt werden kann, auch nicht durch das Staatshaushaltsgesetz. Sie sind nicht in der Lage, einfach frei darüber entscheiden zu können. Da hilft Ihnen auch der Rechnungshof nicht, der das mit Bedenken und Auflagen passieren lässt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Doch, der hilft natürlich!)

Sie haben hier einen Fehler gemacht. Wir können dies – zumal angesichts von 3,5 Milliarden € an Überschüssen, die während der Haushaltsberatungen bekannt geworden sind – nicht verantworten, meine Damen und Herren. Es geht in diesem Land beides: Tilgen und Investieren. Das tun Sie in diesem Punkt nicht. Sie haben mit der Änderung der Landeshaushaltsordnung einen Fehler gemacht.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nein!)

Aber Ihr Kalkül ist ein anderes. Sie sehen die aus der Landeshaushaltsordnung erwachsenen Tilgungsaufgaben in den Jahren 2018 bis 2020, die am Ende natürlich 1 Milliarde € über-

(Peter Hofelich)

steigen werden. Da wollen Sie natürlich in der Abendsonne Ihrer Regierung noch die Karten im Ärmel behalten. Darum geht es Ihnen doch in Wirklichkeit. Da sieht man eben: Es geht weiter – Tarnen, Tricksen und Täuschen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Oh! – Abg. Nicole Razavi CDU: Das war bei der letzten Regierung!)

Das ist leider der Stil in dieser Regierung. – Herr Rösler, da können Sie sagen, was Sie wollen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Klaus Dürr AfD)

Ich würde mir als Finanzministerin des Landes Baden-Württemberg dreimal überlegen, ob ich den Satz, den Frau Ministerin Sitzmann bei der Haushaltseinbringung gesagt hat – „Das würde ein Unternehmen genauso machen“ –, hier im Parlament sagen würde.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Damit sind wir an einem Punkt, an dem wir einmal auf das zurückblicken, was bisher so war – quasi wie in der schönen Comedysendung „Der Frauenarzt von Bischofsbrück“ im SWR-Radio, in der es hieß: „Was bisher geschah“.

(Lachen des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Niveau, bitte!)

– Also, ich glaube, es läuft ganz gut, Herr Rösler.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ich kenne die noch nicht einmal! – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Was bisher geschah: Da wird die Mai-Steuerschätzung 2016 nicht in die Eröffnungsbilanz von Grün-Schwarz eingebaut. Da werden die zurückgehenden Flüchtlingszahlen lange fiskalisch ignoriert. Da wird der Presse zu Haushaltseckpunkten ein Poker zwischen den Ressorts suggeriert, obwohl es doch eher ein „Elfer Raus“ war, bei dem Strobl am schnellsten seine Karten gelegt hat und bei allen anderen – außer Frau Eisenmann – die Karten auch nur so flutschten.

Real gespart wird in diesem Haushalt von den Ressorts wenig.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist falsch!)

Da kommt nach der Sommerpause der opulente Abschluss 2015 – 1,2 Milliarden € Überschuss rechnungsmäßig, 1,6 Milliarden € Überschuss kassenmäßig –, mit dem klar ist, dass nicht nur für 2016, sondern auch für die Folgejahre noch genügend da ist. Da kommt die sogenannte Einigung mit den kommunalen Landesverbänden

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Warum „sogenannt“? Das war echt!)

über ein 250-Millionen-€-Opfer für einen Haushalt, der noch nicht bekannt ist und bei dem alle über „Angebote, die man nicht ablehnen kann“ reden – sozusagen Al Pacino im Raum.

Deswegen sage ich Ihnen: Sie haben da etwas gemacht, was nicht in Ordnung ist. Sie haben denen, die auf der Ausgabenseite belastet sind, sozusagen den Weg abgeschnitten, der sie

in die Lage versetzt hätte, ausgewogen ihre Situation zu richten.

(Abg. Dr. Markus Rösler und Abg. Andreas Schwarz GRÜNE schütteln den Kopf.)

Deswegen ist es eine falsche Operation gewesen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das war keine Operation, sondern eine Kooperation! – Gegenruf von der SPD: Ruhe bitte!)

Mich würde einmal interessieren, Frau Finanzministerin, ob das Argument, das der Kollege Kehle in seinem Blatt verwendet hat, die 23-%-Verbundquote habe in Baden-Württemberg zur Debatte gestanden, richtig ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer hat das zur Debatte gestellt?)

Für diese stehen wir alle. Mich würde einmal interessieren, Frau Sitzmann, ob das wirklich die Ultima Ratio Ihrer Verhandlung war. Das wird auf der anderen Seite so gesagt. Das wäre einmal interessant. Wenn das so ist, glaube ich, dann hätten wir in diesem Land eine ganz andere Lage. Dann würden wir Ihnen auch sagen, dass dieses Land auf Kommunen aufgebaut ist – nicht nur unter dieser Regierung, sondern bereits seit Jahrzehnten – und wir Sozialdemokraten immer dazu stehen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

So ging das alles weiter. Dann kam die November-Steuerschätzung, bei der die Ministerin und ihr Pressereferat es doch tatsächlich geschafft haben, ein nochmaliges Toppen der Schätzung als ein Abflachen – „eine deutlich geringere Steigerung als zuletzt“ – zu verkaufen.

Zum Haushalt selbst Mitte Dezember galt: Bloß kein Wort zu den sich abzeichnenden Riesenüberschüssen für 2016. 3,5 Milliarden € sind es kassenmäßig geworden. Wahrscheinlich habe ich noch einiges vergessen, was dabei eine Rolle gespielt hat.

Auf jeden Fall haben Sie eine Strecke hingelegt – das muss ich Ihnen einmal sagen –, bei der es viel Hin und Her, viel Auf und Ab gab. Das, was Sie gern wollen, nämlich Konsistenz zu verbreiten, ist nicht der Fall. In Wirklichkeit machen Sie im Wesentlichen eine Inszenierung und nichts anderes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Dann kommen die Entlastungsangriffe, wenn Sie die Frage aufwerfen: „Wo ist eure Deckung für das, was ihr beantragt?“ Schauen Sie lieber einmal nach Ihrer eigenen Deckung. Sie wissen, dass wir das vorgelegt haben. Wir springen nur nicht über jedes Stöckchen, das Sie uns hinstellen. Aber Tatsache ist auf jeden Fall, dass wir die Deckungen für unsere Anträge – die auch notwendig sind – sichergestellt haben.

Zur mittelfristigen Finanzplanung: Zum Zeitpunkt des Regierungsantritts von Grün-Schwarz gab es in diesem Haushalt keine Deckungslücke mehr. Das wissen Sie ganz genau.

(Zuruf: Falsch!)

(Peter Hofelich)

Sie wissen, dass wir für die Zukunft zwar immer an dem arbeiten müssen, was strukturell angelegt ist,

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

aber dass wir aufgrund der Finanzsituation gute Chancen haben – der Ministerpräsident hat es bei seiner Stellungnahme zum Haushalt des Staatsministeriums doch selbst eingeräumt –, die Zielsetzung für das Jahr 2020 zu erreichen. Alle Prognosen sprechen dafür, dass wir gute Rahmenbedingungen haben. Niemand ist leichtfertig, niemand ist ein Hasardeur. Aber seien Sie endlich einmal ehrlich und sagen Sie klar: Wir sind aus einer Situation heraus gekommen, bei der die mittelfristige Finanzplanung vom November 2015 – Höhepunkt der Flüchtlingswelle – überhaupt nicht mehr Geschäftsgrundlage sein konnte, als Sie begonnen haben zu regieren.

Deswegen sage ich: Hören Sie mit den Vorhaltungen mit der Deckungslücke auf, und hören Sie auf, zu behaupten, ich würde etwas Falsches erzählen. Sie machen sich etwas vor oder lassen sich etwas vormachen. Wir sind in einer guten finanzpolitischen Lage. Wir sind aus einer anderen Situation gekommen – wir hatten Schwierigkeiten –, aber Sie werden auch jetzt mit guten Rahmenbedingungen weiterarbeiten können. Schluss mit dem Gerede, hier hätte es eine Deckungslücke gegeben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Dörflinger CDU schüttelt den Kopf.)

Ich will Ihnen im letzten Teil meiner Ausführungen gern berichten, was die Anforderungen an die künftige Finanzpolitik von Baden-Württemberg sind. Im Augenblick sind wir dabei, etwas mitzuvollziehen, was Sie hier sozusagen als eine schöne laufende Begleitung Ihrer Ambitionen hinlegen. Am Schluss war es auch lustig, zu sehen: Immer dann, wenn eine Mehrausgabe von der einen Seite von Ihnen kam, wurde sofort die andere Säule hochgefahren, gab es eine Mehrausgabe auf der anderen Seite.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die SPD hat immer mitgestimmt!)

Das ist das Haushaltsgebaren, das Sie hier an den Tag legen:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Musikschule! Alternativ Elektromobilität!)

Sie bilden zwei große Blöcke – die, die in diesem Land gern das Sagen hätten – und bedienen sich hier gerade leicht mit Ihren eigenen Anträgen. Mehr passiert gerade gar nicht. Aber es kommt darauf an, dass wir eine gute Finanzpolitik für das Land machen. Darüber werde ich im nächsten Teil meiner Rede sprechen, wenn die Frau Finanzministerin sich geäußert hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Aden.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Landtagspräsidentin! Vielen Dank. – Zunächst einmal herzlichen

Dank, Herr Stickelberger, für Ihre Arbeit im Ausschuss. Vielen Dank, Frau von Garnier, dass das alles so flott gegangen ist. Vor allem muss man sich bei allen Arbeitenden hier im Land bedanken, die den Wohlstand erarbeitet haben, den wir hier verteilen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Selten, sehr geehrte Damen und Herren, hat es eine Regierung so leicht gehabt, einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf einzubringen, wie in diesem Jahr: Flüchtlingskosten gesunken, Steuereinnahmen noch einmal um 860 Millionen € gestiegen, Kassenüberschuss laut Frau Ministerin Sitzmann 3,5 Milliarden €, eine Steuerschätzung übertrifft die andere. Da ist es leicht, der Welt mitzuteilen – nicht ohne Eigenlob –: Uns ist es gelungen, wieder einmal einen Haushaltsentwurf ohne Neuverschuldung einzubringen.

Eigene Anstrengungen der Regierung waren dabei eher gering. Im Gegenteil: Die Ausgaben erhöhten sich während der Beratungen noch einmal um 190 Millionen €. Selbst die ehemalige Regierungspartei, Herr Hofelich, hat durch ihre Anträge ein bisschen mehr Geld ausgeben wollen.

(Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein kleiner Hinweis darauf, wie sich die erwarteten Überschüsse im Jahr 2016 entwickelt haben: Im Haushalt 2015/2016 waren die Überschüsse wie folgt angesetzt: Erster Nachtrag 1,7 Milliarden €, Zweiter Nachtrag 2,7 Milliarden €, Dritter Nachtrag 2,73 Milliarden €. Jetzt sind es 3,5 Milliarden €. Liebe Kollegen, Sie müssen sich diese Zahlen gar nicht merken, aber eines müssen Sie sich merken: Eine Steuerschätzung übertrifft die andere, und die Tendenz ist eindeutig: Es geht immer nur nach oben. Die Einnahmen nehmen deutlich zu.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Wichtig aber ist in diesem Zusammenhang, dass die Steuereinnahmen deutlich schneller steigen als das Wirtschaftswachstum hier in Baden-Württemberg. Es wird also deutlich mehr eingenommen, als tatsächlich erwirtschaftet wird.

Wir alle wissen, woher das Geld kommt. Finanzminister Schäuble nimmt aufgrund des günstigen Zinsumfelds dreistellige Milliardenbeträge ein,

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Er nimmt es nicht ein, er gibt weniger aus!)

die den Sparern – einige verlassen gerade die Zuhörertribüne –, der schwäbischen Hausfrau und dem umsichtigen Menschen, der an sein Alter denkt und vorsorgt, aus der Tasche genommen werden.

Es ist leider eine Binsenweisheit: Der Sparer finanziert heute die öffentlichen Kassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Bei diesen Zahlen wird es wirklich einmal Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, dem Steuerzahler einen Teil des Gel-

(Dr. Gerhard Aden)

des zurückzugeben, das ihm aufgrund der EZB-Politik aus der Tasche gezogen wird. Nach Belgien, wo man 55,3 % Steuern bezahlt, zahlt der alleinstehende deutsche Michel mit 49,9 % Steuern und Abgaben mit die höchsten Steuern in Europa.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es! Ja!)

Die Bundesregierung beklagt zwar öffentlich die EZB-Politik. Aber insgeheim, so glaube ich, scheint Herr Schäuble wenigstens im Hinblick auf die öffentlichen Kassen diese Politik zu unterstützen.

(Zuruf von der AfD: Sicherlich!)

Inflation und Progression sorgen auch in Zukunft dafür, dass die öffentlichen Schulden sinken und vor allem der Mittelstand kräftig zur Kasse gebeten wird. Die Inflation ist im Dezember plötzlich gestiegen. Die Kaufkraft schmilzt in Zukunft dahin. Anlagen sind entweder riskant oder renditefrei. Auch Betongold, sehr geehrte Damen und Herren, ist wegen der Preissteigerung, wegen Baunebenkosten wie der Grunderwerbsteuer oder wegen Bauauflagen in Ballungszentren fast unerschwinglich geworden. Es ist Zeit, dem Steuerzahler einmal unter die Arme zu greifen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Dafür werben wir Freien Demokraten hier im Land und auch im Bund.

Zum Haushalt im Einzelnen. – Die Finanzministerin ist gar nicht da. Na gut, okay.

(Heiterkeit bei der AfD – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Herbeizitiere!)

Der Landeshaushalt legt einen großen Schwerpunkt auf den Ausbau der inneren Sicherheit und auf den Stellenausbau bei der Polizei. Hiermit wird einem großen Anliegen der FDP Rechnung getragen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Gesetze sollen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch durchgesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Die anderen Fraktionen im Bundestag sind zwar eifrig am Ausdenken und Ersinnen neuer Gesetze. Aber es genügt, dass die schon bestehenden Gesetze umgesetzt werden. Wenn aber die Durchsetzungsfähigkeit fehlt, weil zu wenige Polizisten auf der Straße sind, dann ist das natürlich frustrierend. Vor allem, sehr geehrte Damen und Herren, ist es sinnvoller, mehr Polizisten einzustellen, als wahllos Überwachungskameras irgendwo aufzuhängen, um Sicherheit vorzugaukeln.

(Beifall der Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP und Anton Baron AfD)

Ein Polizist auf der Straße bewirkt wirklich mehr gefühlte Sicherheit als Überwachungskameras an unsichtbaren Stellen. Insofern unterstützt die FDP/DVP-Fraktion die Schaffung von 1 500 Polizistenstellen in den nächsten fünf Jahren. Wichtig ist vor allem, dass die Polizisten möglichst schnell im Stra-

ßenbild erscheinen. Innere Sicherheit ist eine Kernaufgabe der Länder.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Bedenklich ist aber eines: Die Polizisten müssen ja erst einmal ausgebildet werden, um sie neu einzustellen. Die Hochschule der Polizei in Villingen-Schwenningen ist aber schon jetzt voll besetzt. Rasche Bauvorhaben und Anmietungen wären daher dringend nötig, um die zusätzlichen Auszubildenden und Studenten dort auch ausbilden zu können. Leider liegt noch keine Planung vor. Das ist verlorene Zeit bei der dringend benötigten Erweiterung. Die Hörsäle und Wohnungen brauchen wir schon morgen. Auch das Studium oder die Ausbildung bei der Polizei müssen attraktiv für junge Menschen sein. Dazu gehört natürlich eine ordentliche Unterbringung. Große Ankündigungen vom Innenministerium, aber die Maßnahmen, die dafür erforderlich sind, bleiben zurzeit aus.

So sieht es auch bei der Digitalisierung aus. Bei der Digitalisierung werden richtige erste Schritte gemacht, aber die eingestellten 134 Millionen € sind bei Weitem nicht ausreichend. Wenn man sich einmal eine Karte der verfügbaren Bandbreiten anschaut, zeigt sich ein erschreckendes Bild.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Vor allem im Schwarzwald findet man keine hochwachsenden Datenraten, sondern nur eine digitale Wüste. Mit dem eingesetzten Geld kann Minister Strobl seiner Vorstellung, jeden Schwarzwaldhof mit schnellem Internet zu versorgen, sicher nicht gerecht werden.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Doch, freilich! – Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Viel Ankündigung, wenig Umsetzung. Hier wäre ein Mehr an Mitteln erforderlich, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sicherzustellen. Im Technologieland Baden-Württemberg spricht man von 50 Mbit/s, in anderen Ländern redet man vom Sechsfachen.

So langsam, wie die Regierung beim Internet denkt – beim Stellenabbau ist sie noch langsamer. Das von CDU und FDP/DVP eingeführte Programm zur Einsparung von 1 480 Stellen wird ausgesetzt, obwohl bisher gerade einmal die Hälfte der Stellen abgeschmolzen worden sind. Da haben die Damen und Herren der CDU bei der Zwangsheirat mit den Grünen wohl vergessen, was sie einmal selbst durchgesetzt hatten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Vielleicht, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, wussten das aber auch nur diejenigen 18 Abgeordneten, die beim letzten Mal nach Hause geschickt worden sind.

Besonders anstößig am Haushaltsentwurf, vor allem bei dem guten finanziellen Umfeld, finden wir von der FDP/DVP, dass alte Kreditermächtigungen weiter gelten sollen, ohne einen Bezug zu besonderen Aufgaben zu haben. Man kann sie also ausschöpfen und trotzdem laut verkünden: Wir machen keine Schulden.

(Dr. Gerhard Aden)

Zum Haushaltsbegleitgesetz: Die eine Hand segnet, die andere Hand straft. Die eine Hand gibt, die andere Hand nimmt. Das sind die wesentlichen Inhalte des Haushaltsbegleitgesetzes. Vor allem geht es hier um den kommunalen Finanzausgleich. Was den Kommunen im Rahmen des Vorwegabzugs von 200 Millionen € in den Jahren 2017 und 2018 aus der Tasche gezogen wird,

(Abg. Anton Baron AfD: Ein Unding!)

wird über politische Förderprogramme den Kommunen wieder zugeleitet.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Auf diese Weise hält man die Kommunen an der kurzen Leine.

Die Einrichtung eines Unwetterfonds in Höhe von 30 Millionen €, der hälftig vom Land und der kommunalen Familie erbracht wird, unterstützt die FDP/DVP aber ausdrücklich. Schnelle, unbürokratische Hilfe zu ermöglichen, ohne einen Nachtragshaushalt erstellen zu müssen, ist sinnvoll.

Unter der Annahme, dass von den Flüchtlingszugängen des Jahres 2015 rund 80 000 Menschen aus der vorläufigen Unterbringung in die Anschlussunterbringung gehen, sowie für die Fälle des damit verbundenen Familiennachzugs beteiligt sich das Land zur Bewältigung dieser Sondersituation mit einem Betrag von 1 125 € pro Monat und Person. Wer A sagt, sehr geehrte Damen und Herren, muss auch B sagen. Diese Summen sind notwendig, da die Menschen nun einmal hier sind.

Die FDP/DVP hätte sich im Hinblick auf die Flüchtlingskrise sicher eine stringenteren Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik gewünscht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber menschliche Nähe ist für uns eine Rechtsverpflichtung. Es gilt der juristische Grundsatz: Ultra posse nemo obligatur. Was heißt das? Ich muss nur das leisten, zu dem ich fähig bin. Kurz gesagt: Wenn ein Flüchtling sich in der Wüste verläuft, dann bin ich nicht für ihn verantwortlich, weil unerreichbar. Aber wenn er hier vor meiner Tür steht, dann muss ich ihm helfen. Daher kritisieren wir die Flüchtlingspolitik, nicht aber den einzelnen Flüchtling, wie es andere Parteien tun.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zum Ablauf der Sitzungen: Alle Oppositionsanträge wurden vom Tisch gewischt. Manchmal allerdings hatte man den Eindruck, dass bei Grün-Schwarz die Augen etwas anders abgestimmt haben als die Hände. Aber wir wissen ja, woran es liegt.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Für uns ganz wesentlich, sehr geehrte Damen und Herren, ist, dass alle Anträge der FDP/DVP gegenfinanziert waren. Es waren keine Mehrausgaben ohne entsprechende Kürzungen an anderer Stelle vorgesehen. Das ist solides Haushalten, wie wir es dem fleißigen Steuerzahler hier im Ländle schuldig sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Für uns Freie Demokraten ist klar, dass wir eine Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler haben, mit dem uns anvertrauten Geld sorgsam umzugehen. Erfreulich für unsere Fraktion war in diesem Zusammenhang, sehr geehrter Herr Hofelich, dass Sie sich der FDP/DVP-Fraktion bei der Forderung nach der Schuldentilgung in Höhe von 411 Millionen € angeschlossen haben.

Die AfD als neuer Mitspieler im Landtag hat uns mit einer Flut von Anträgen zugeschüttet,

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

überflutet. Die Richtung war klar: Streichungen bei der politischen Bildung, bei der Gleichstellung, bei der Flüchtlingsunterstützung, bei den politischen Landesstiftungen, bei der Öffentlichkeitsarbeit, bei der Inklusion – kurzum: bei allem, was mit Demokratieförderung, Migration und Gleichstellung zu tun hat.

(Abg. Emil Sänze AfD: Der Herr Rösler will doch die Doppik!)

Sehr geehrter Herr Meuthen, sehr geehrte Fraktion der AfD, die Menge der AfD-Anträge ging deutlich auf Kosten der Qualität.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und der CDU sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Während der Beratungen hatte man auch nicht den Eindruck, dass Sie besonders daran interessiert waren, Ihre Anträge näher zu begründen. Vielmehr glaube ich, meine sehr geehrten Damen und Herren von der AfD-Fraktion, dass Sie mit diesem Aktionismus Kompetenz vorspiegeln wollten und vor allem die Absicht hatten, zu sagen: „Liebe Wähler, das ist die Liste, die wir gefordert haben, das ist das, was die bösen Altparteien abgelehnt haben.“ Damit gehen Sie an die Presse und sagen: „So sind wir und so sind die anderen.“

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das Schönste habe ich mir für den Schluss aufbewahrt. Zwei Begriffe kann man eigentlich nicht mehr hören: „postfaktisch“

(Zuruf: Ja!)

und, sehr geehrte Frau Ministerin, „implizite Verschuldung“.

(Zuruf: Oh ja! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wobei „postfaktisch“ nicht so schlimm ist!)

Die Verordnung zu § 18 der Landeshaushaltsordnung wird verändert, sie soll neu gefasst werden. Sehr geehrte Frau Ministerin, die Regierung hat wirklich das Ei des Kolumbus erfinden, um Schulden zu tilgen. Man kreierte dazu einen neuen Begriff: die implizite Verschuldung. Das klingt sehr gebildet und klingt wirklich gut. Das ist aber eine reine Vernebelungstaktik in der Hoffnung, dass der Wähler nicht nachfragt, was das eigentlich bedeutet.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen)

(Dr. Gerhard Aden)

Kurzgefasst, sehr geehrte Damen und Herren: Sanierungskosten werden zu Schulden. Das geht so weit, dass der Schuldenbegriff der Regierung dazu führt, dass auch eine nicht durchgeführte Investition zu den Schulden zählt. Zur Veranschaulichung ein Beispiel aus dem privaten Bereich: Implizite Schulden für eine Privatperson würden bedeuten, dass eine nicht durchgeführte Urlaubsreise zur Wiederherstellung der optimalen Arbeitsfähigkeit letztlich zu den Schulden gezahlt werden könnte.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: So ein Quatsch! – Abg. Tobias Wald CDU: Herr Aden, da sind Sie auf dem Holzweg! – Zuruf: Falsch!)

Diese Ausweitung des Schuldenbegriffs, sehr geehrte Damen und Herren, lehnen wir entschieden ab.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir auch! Da sind wir komplett einig, Herr Kollege!)

Das ist auch der wesentliche Grund, weswegen wir von der FDP/DVP-Fraktion auch den Haushalt insgesamt ablehnen werden. Im Gegenteil, wir bestehen auf der Einhaltung der Schuldentilgung aufgrund der Überschüsse. In Anbetracht der guten Haushaltssituation fordern wir, dass zu den 411 Millionen € Tilgung noch 200 Millionen € zusätzlich getilgt werden sollen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Außerdem – mit uns kann man ja sprechen – fordern wir, dass in Zukunft von den Überschüssen 25 % in die Schuldentilgung gesteckt werden sollen.

Wenn man das nun sieht, ist festzustellen: Besonders nachhaltig, sehr geehrte Frau Ministerin, ist der Haushalt nicht. Wenn man nicht jetzt tilgt, wann denn dann?

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Danke schön, ich komme auch zum Schluss. Das passt sehr gut. Vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin.

(Heiterkeit)

Sie haben hier Ihr erstes Opus magnum – wenn ich das einmal so sagen darf – als Finanzministerin vorgelegt. Aus meiner Sicht als Newcomer hier im Parlament muss ich Ihnen sagen, dass Finanzpolitik aus mehr als aus Plus und Minus, Soll und Haben besteht. Vielmehr hat das auch etwas mit Psychologie zu tun.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wissen sie doch! Deswegen machen sie das mit den impliziten Schulden!)

Aber darüber reden wir dann bei der dritten Lesung.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf: Psychologievorlesung!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung verfolgt drei zentrale haushaltspolitische Ziele für Baden-Württemberg: erstens die Einnahmen und Ausgaben dauerhaft ins Lot zu bringen, zweitens das Landesvermögen zu sichern und stärken und drittens Spielräume zu eröffnen für Investitionen in die Zukunftschancen und den Zusammenhalt des Landes.

Heute gehen wir mit der Zweiten Beratung in die Schlusskurve der parlamentarischen Beratung des Haushaltsentwurfs für 2017. Die Landesregierung hat den Entwurf erarbeitet und eingebracht, die Fraktionen haben ihn durchgearbeitet, und im Finanzausschuss haben wir ihn gemeinsam gründlich beraten. Deshalb können wir heute ein Zwischenfazit ziehen. Die Beratungen haben bislang gezeigt: Es ist ein sehr guter Haushalt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Es wurde jeder kleine Wunschzettel erfüllt!)

Er ist sparsam, er ist solide, er ist innovativ. Das Geld der Bürgerinnen und Bürger ist bei uns in guten Händen.

(Beifall der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch – Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Da klatscht nur eine!)

Der Haushalt 2017 bringt unser Land allen drei genannten Zielen ein großes Stück näher. Erstens: Die Einnahmen und Ausgaben sind im Lot. Wir machen 2017 keine neuen Schulden, keinen einzigen Cent – und dies, ohne Steuern zu erhöhen und ohne nach dem Prinzip Hoffnung zu planen.

(Abg. Anton Baron AfD: Na ja! Indirekte Steuererhöhung!)

Zweitens: Die strukturelle Deckungslücke schrumpft deutlich. Wir konsolidieren 2017 rund 800 Millionen € dauerhaft, geben dauerhaft aber nur 150 Millionen € mehr aus. Damit stellen wir den Landeshaushalt dauerhaft nachhaltiger auf und machen ihn wetterfest.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wer meint, wir hätten nicht genug konsolidiert, der möge bitte die Ressortministerinnen und -minister fragen.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Der eine oder andere hat gestern oder vorgestern darauf hingewiesen, wie schwer die Einsparvorgaben zu erfüllen waren. Auch Herr Rösler hat dazu vorhin Ausführungen gemacht.

Drittens: Wir nutzen einmalige Spielräume, um 2017 kräftig in die Substanz, die Zukunftschancen und den Zusammenhalt unseres Landes zu investieren. Ich möchte nur einige Zahlen nennen. Wir investieren über 20 Millionen € zusätzlich in die Ausstattung der Polizei, 76,5 Millionen € zusätzlich für die Sanierung von Landesgebäuden, 90 Millionen € zusätzlich für die Sanierung von Landesstraßen einschließlich Planung und Bauüberwachung,

(Beifall der Abg. Hermann Katzenstein und Andreas Schwarz GRÜNE)

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

100 Millionen € zusätzlich für die Digitalisierung. Auf deren Bedeutung wurde schon hingewiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Schließlich sehen wir noch 160 Millionen € für den Pakt für Integration mit den Kommunen vor. Mit diesen Haushaltsplanungen stellen wir uns den aktuellen und den zukünftigen Herausforderungen. Der Entwurf kann sich wirklich sehen lassen.

Die Damen und Herren auf den Oppositionsbänken werden vielleicht etwas grummeln, aber Fakt ist – das kann ich Ihnen nicht ersparen –: In den Beratungen im Ausschuss hat sich gezeigt, dass keine der Oppositionsfraktionen zentrale Schwerpunkte des Haushaltsentwurfs mit Anträgen infrage gestellt oder kritisiert hat.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Die implizite Verschuldung!)

Grün-Schwarz stellt 381 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten ein – eine geringere Zahl hat keine Fraktion gefordert.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Geht ja auch kaum! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie schichten intern um!)

Grün-Schwarz investiert 90 Millionen € zusätzlich in die Sanierung der Landesstraßen. Eine Kürzung hat keine Fraktion gefordert.

(Abg. Anton Baron AfD: Nein! Da brauchen wir auch Geld!)

Grün-Schwarz investiert 100 Millionen € zusätzlich in die Digitalisierung – auch hier kein Streichungs- oder Kürzungsantrag seitens einer Fraktion.

Grün-Schwarz erhöht den Vorwegabzug im kommunalen Finanzausgleich, stellt dieses Jahr 160 Millionen € für den Pakt für Integration mit den Kommunen bereit und lässt diese durch den neuen Kommunalen Sanierungsfonds an den Steuermehreinnahmen teilhaben. Änderungen an diesen zentralen Elementen der mit den Kommunen im Einvernehmen erzielten Einigung haben weder die SPD noch die FDP/DVP beantragt, lediglich die AfD

(Zuruf von der AfD: Ah!)

wollte die Integrationspauschale für die Kommunen kürzen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, super Vorschlag! Ganz tolle Sache! Ganz toll! Damit unterstützen Sie die Kommunen richtig gut! Super! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir werden die Bürgermeister informieren! – Zuruf von den Grünen: Die Bürgermeister sind begeistert!)

Grün-Schwarz macht keine neuen Schulden und erhöht keine Steuern. Auch hieran keine Kritik der Opposition, keine Änderungsanträge.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE zur AfD: Eigentor, Kollegen! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nicht das erste!)

Wenn Sie in all diesen zentralen Punkten

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ihr wisst genau um den Beschiss, den ihr da anrichtet! – Gegenruf von der CDU: Diese Wortwahl!)

mit unserem Entwurf einverstanden sind, meine Damen und Herren, dann stimmen Sie doch einfach zu.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Allerdings gebe ich zu: Es gab und gibt auch Differenzen, und zwar erhebliche. Deshalb will ich auf die Haushaltskonzepte der Oppositionsfraktionen eingehen.

Beginnen möchte ich mit Einsparvorschlägen der SPD im Finanzausschuss. Damit würde ich sehr gern beginnen, aber die Wahrheit ist: Die SPD hat keinen einzigen Sparvorschlag gemacht.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Haben Sie die Anträge schon einmal durchgelesen? – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

– Ja. Aus keinem einzigen Antrag der SPD geht hervor, wo man kürzen sollte. Gleichzeitig haben Sie aber zahlreiche Mehrausgaben beantragt: weitere Lehrerinnen und Lehrer, weitere Polizistinnen und Polizisten, eine weitere Aufstockung der Mittel für Wohnungsbau und Krankenhäuser. Das sind Mehrausgabenwünsche in einem Umfang von rund 250 Millionen €.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir müssen nicht das Geschäft der Regierung machen! – Gegenruf des Abg. Tobias Wald CDU: Aber Deckungsvorschläge vorlegen!)

Als Krönung haben Sie dann noch die Tilgung von Kreditmarktschulden in Höhe von 411 Millionen € beantragt. Insgesamt sind also Mehrausgabenwünsche in einem Umfang von rund 660 Millionen € nicht gedeckt. Das ist nicht seriös.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wenn wir dem, was Sie beantragt haben, folgen würden, wäre der Haushalt 2017 nicht solide. Das strukturelle Defizit würde steigen und nicht sinken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ihre Taktik ist ja die, dass Sie so tun, als könnte man mit einmaligen Überschüssen – Sie betonen dann immer die Überschüsse aus dem Jahr 2016, die noch gar nicht feststehen – strukturelle Mehrausgaben, die jährlich wiederkehren, finanzieren. Das funktioniert aber nicht.

Sie behaupten im Prinzip, man könnte den gleichen Euro gleichzeitig zum Tilgen und zum Investieren verwenden. Auch das geht nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Gleichzeitig erwecken Sie den Eindruck – das gilt auch für die FDP/DVP –, es gäbe irgendwo einen heimlichen Tresor. Wir haben mit dem Haushaltsentwurf aber alle Zahlen auf den Tisch gelegt und Transparenz hergestellt.

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Herr Hofelich, Sie haben sich erstaunlich schnell aus verantwortlicher Haushaltspolitik in der Regierung verabschiedet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Es scheint mir, als betrachteten Sie die Haushaltszahlen nun, seit Sie in der Opposition sind, durch eine rosarote Brille.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Dunkelrot! – Gegenruf des Abg. Peter Hofelich SPD: Ich sehe alles!)

Wir wollen keinen Schönwetterhaushalt, sondern einen wetterfesten Haushalt. Das ist der Unterschied.

Nun zur FDP/DVP: Sie wollen allgemeine Studiengebühren einführen, weniger Geld für den Nationalpark, dafür mehr fürs Veterinärwesen. Das waren einige Anträge, und so arg viel mehr waren es auch nicht. Aber Sie toppen die SPD mit Ihrem Antrag, 611 Millionen € zu tilgen. Allerdings sagen auch Sie uns nicht so ganz genau, woher das Geld kommen soll.

Im Plenum formuliert Herr Rülke große Forderungen. Am Mittwoch hat er beispielsweise das Rückgängigmachen der Absenkung der Eingangsbesoldung gefordert, die Einigung mit den Kommunen kritisiert, den Punkt Kreditmarktschulden hervorgehoben. Aber Anträge hierzu?

(Abg. Tobias Wald CDU: Fehlanzeige!)

Fehlanzeige! – Herr Wald sagt es. – Konkrete Vorschläge zur Gegenfinanzierung: leider keine. Und heute war es eher eine auf Bundesebene zu führende Steuerdebatte, die hier eingebracht wurde, die im Übrigen, wenn dies so umgesetzt würde, bei uns ganz erhebliche Mindereinnahmen auslösen würde.

Insgesamt komme ich zu der Einschätzung: Es ist eine eher dünne Haushaltssuppe, die Sie da gekocht haben. Von einer solchen Suppe wird das Land nicht satt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Nun zur AfD: Die AfD war fleißig, hat viele Anträge eingebracht.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ja!)

Manche waren handwerklich von eher zweifelhafter Qualität –

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ihrer Meinung nach! – Abg. Reinhold Gall SPD: Inhaltlich waren alle Unfug!)

aber geschenkt. Das Entscheidende und das Erschreckende ist aber der Inhalt der Anträge.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau! – Abg. Reinhold Gall SPD: Alle Unfug!)

Nur drei Beispiele: Sie wollen die Mittel für die Integration behinderter Kinder an den Schulen streichen. Das ist in Zahlen gegossene Ausgrenzung und ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Sie wollen die Lehrerinnen und Lehrer für die Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge streichen. Sie verzögern und erschweren somit Integration. Das schadet unserem Land und ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Sie wollen 85 Millionen € bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen streichen.

(Zuruf von der AfD: Wenn sie minderjährig sind!)

Erstens widersprüche dies bundesrechtlichen Verpflichtungen,

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Andere machen das auch! – Weitere Zurufe von der AfD)

zweitens würde dies große Löcher in die Haushalte der Kommunen reißen, und drittens würden Sie damit denen Hilfe versagen, die darauf angewiesen sind.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Wir haben Mittel eingestellt für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und kommen den Verpflichtungen, die wir für diese Personengruppe haben, nach.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: AfD gegen Kindeswohl! Das halten wir fest! – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Sie haben noch nicht das Wort. – Frau Staatssekretärin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen –

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Nein.

Präsidentin Muhterem Aras: Keine Zwischenfrage.

(Unruhe)

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Wir stehen für die Interessen unseres Landes, für Zusammenhalt, für Humanität – ich denke, ich spreche hier auch für die SPD und die FDP/DVP –; deshalb wurden Ihre Anträge im Finanzausschuss und im Landtag zu Recht entschieden zurückgewiesen und abgelehnt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Alle! Sie haben gesagt, manche waren nicht schlecht! Warum sind die auch abgewiesen worden?)

Die Europäische Union und enge internationale Kooperationen sind für Baden-Württemberg von enormer Bedeutung. Das ist auch bei der Kabinettsitzung am Dienstag in Brüssel deutlich geworden. Was fordert die AfD? Mittel für internationale Kooperationen kürzen, Mittel für die Donaunraumstrategie kürzen,

(Abg. Anton Baron AfD: Haben Sie schon gesehen, was da drin ist? Das ist doch ein Quatsch! Sie müssen doch einmal inhaltlich schauen!)

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Mittel für Entwicklungszusammenarbeit kürzen, Mittel zur Förderung des europäischen Gedankens kürzen. Zukunftsfähigkeit sieht wahrlich anders aus, meine Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Noch eine Anmerkung zu Ihrem Antrag, den Sie in der Zwischenzeit unter Druck zurückgezogen haben, bezüglich der Gedenkstätte in Gurs. Das Zurückziehen dieses Antrags ändert leider nichts an Ihrer Haltung gegenüber dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte.

(Abg. Emil Sänze AfD: Das verbitte ich mir! Das verbitte ich mir ganz energisch! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Geht das jetzt schon wieder los?)

– Hören Sie einmal zu.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben im Bildungsetat einen weiteren Antrag gestellt und meines Wissens nicht zurückgezogen.

(Zuruf von der AfD)

In diesem Antrag heißt es:

Die Erläuterung wird wie folgt geändert: In der Erläuterung Ziffer 7 werden die Wörter „Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts“ durch die Wörter „bedeutungsvolle Stätten der deutschen Geschichte“ ersetzt.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ganz genau!)

Das spricht für sich. Deshalb stehen Sie im Landtag isoliert und allein da.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Aber ich möchte zurückkommen zu den Gemeinsamkeiten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur AfD: Geschichtsklitterung! Klassisch für euch! Das ist ein Schulterchluss mit Björn Höcke! – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Wir alle freuen uns, dass sich die Steuereinnahmen positiv entwickelt haben. Dies erleichtert uns, den Haushalt zu konsolidieren und dennoch in wichtige Zukunftsbereiche zu investieren. Diese Steuereinnahmen fallen aber natürlich nicht vom Himmel, sondern sie müssen von den Bürgerinnen und Bürgern erwirtschaftet werden, und sie müssen erhoben werden.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie sprechen von sich selbst! – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Wald und Herr Abg. Dr. Meuthen, bitte führen Sie Ihren Dialog entweder leise oder außerhalb des Plenarsaals.

(Abg. Tobias Wald CDU: Ich lasse mich nicht „Gesinde“ nennen! – Gegenruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie waren auch nicht gemeint!)

Bitte, fahren Sie fort.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Ich bin bei der Steuerverwaltung hier im Land, und ich möchte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in der Steuerverwaltung eine unheimlich wichtige Aufgabe für unser Gemeinwesen erfüllen, ganz herzlich danken. Uns ist es wichtig, die Leistungsfähigkeit unserer Steuerverwaltung zu sichern. Wir heben mit dem Haushalt 2017 178 Stellen und machen so die Steuerverwaltung noch attraktiver.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir stellen außerdem in diesem Haushalt zusätzliche Mittel für die Digitalisierung der Steuerverwaltung bereit.

(Zuruf: Ja!)

Wir sind im Übrigen bei der Digitalisierung der Verwaltung und insbesondere der Steuerverwaltung in unserem Land auf einem guten Kurs. Die Nachwuchsgewinnung, die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber sowie eine gute bauliche Unterbringung und technische Ausstattung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind uns wichtig. Weitere Schritte hierzu werden folgen.

Genauso wichtig wie eine gute Verwaltung der Einnahmen ist aber die gute Verwaltung der Ausgaben. Im Haushalt 2017 legen wir einen klaren Schwerpunkt auf die Sanierung von Landesstraßen und Landesgebäuden und investieren hier kräftig. Wir setzen damit übrigens auch das um, was viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anmahnen, nämlich mehr Investitionen. Ich nenne nur beispielhaft die Fratzscher-Kommission. Mit der Änderung der Verordnung zu § 18 der Landeshaushaltsordnung, die wir gut überlegt und gut geprüft vornehmen, setzen wir genau das um, was diese gefordert hat.

Übrigens, sehr geehrte Damen und Herren von der SPD, machen wir auch genau das, was Ihr Kanzlerkandidat im Bund fordert: Vorrang von Investitionen vor Tilgung von Kreditmarktschulden. Dass dies in der aktuellen Situation wirtschaftspolitisch klug ist und sich langfristig auch haushaltspolitisch auszahlt, darauf hat Herr Wald hingewiesen und darauf hat diese Woche auch eine Studie der Bertelsmann Stiftung hingewiesen.

Wir sind also auf dem richtigen Kurs, indem wir die Sanierungsrücklage für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen, Ersatzinvestitionen, Tilgung von Kreditmarktschulden und Eventualverbindlichkeiten sowie für Zuführungen an den Versorgungsfonds nutzbar machen.

Was ich nicht gefunden habe, Herr Aden, ist, dass auch eingesparte Ausgaben für nicht angetretene Urlaubsreisen darunterfallen. Das ist bei den Regelungen, die wir im Haushalt haben, ausgeschlossen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das fällt Ihnen wahrscheinlich beim nächsten Haushalt ein! – Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Das steckt implizit drin! – Vereinzelt Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

– Das steckt nicht in den impliziten Schulden. Wir können das aber gern noch einmal bilateral vertiefen.

Das zusätzliche Geld für Investitionen muss natürlich sorgsam und klug ausgegeben werden. Deshalb danke ich auch

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Straßenbauverwaltung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hochbauverwaltung. Ich bin sehr dankbar, dass wir mit 76,5 Millionen € aus der Sanierungsrücklage den Bauunterhalt und die Gebäudesanierung stärken können. Wir haben in diesem Bereich auch in den kommenden Jahren enormen Bedarf.

Ich freue mich, dass wir mit dem Staatshaushaltsgesetz die Möglichkeiten für Energiesparmaßnahmen im Gebäudebestand erweitern. Denn wir wollen das Landesvermögen in einem guten Zustand erhalten und unsere Klimaschutzziele erreichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Bauen macht Arbeit, das Aufstellen von Haushaltsplänen aber auch.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Danken möchte ich deshalb auch allen, die an der Erarbeitung des Haushaltsentwurfs für 2017 mitgearbeitet haben. Ein ganz besonderer Dank gilt der Haushaltsabteilung des Finanzministeriums. Ich danke natürlich auch sehr herzlich den Mitgliedern des Finanzausschusses und insbesondere dem Vorsitzenden Rainer Stickelberger.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP und der SPD sowie des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Ebenso danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags und des Rechnungshofs. Ohne ihre Arbeit hätte der Haushaltsentwurf nicht so gründlich und gut beraten werden können.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Die Tatsache, dass es keine Änderungsanträge zu den Kapiteln gab, die das Statistische Landesamt, das Landeszentrum für Datenverarbeitung und das Landesamt für Besoldung und Versorgung sowie die Beteiligungsverwaltung betreffen, wertere ich im Übrigen als Beleg dafür, dass Sie ebenso wie wir mit der Arbeit der im Einzelplan 06 abgebildeten Einrichtungen zufrieden sind. Das gibt mir die Gelegenheit, auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Einrichtungen an dieser Stelle herzlichen Dank zu sagen.

Zum Ausblick: Mit dem Haushalt 2017 ermöglichen wir zusätzliche Investitionen in die Substanz, die Zukunftschancen und den Zusammenhalt unseres Landes. Mit dem Haushalt 2017 gehen wir einen wichtigen Schritt hin zur dauerhaften Einhaltung der Schuldenbremse.

Das zeigt auch die neue Finanzplanung. Es gelingt uns mit dem vorgelegten Haushalt, das strukturelle Defizit im Jahr 2020 um etwa ein Drittel auf unter 2 Milliarden € zu senken, dabei keine Neuschulden vorzusehen und Investitionen zur Erhaltung des Landesvermögens, zum Abbau impliziter Schulden und zur Stärkung der Innovationskraft des Landes einzuplanen.

Klar ist damit aber auch: Wir sind noch nicht am Ziel. Wir haben noch Arbeit vor uns. Wir müssen auch in den kommenden Jahren weiter konsolidieren und solide wirtschaften. Dann

können wir auch in den kommenden Jahren ohne neue Schulden auskommen, den Sanierungsstau abbauen und Gestaltungsspielräume für die Zukunft sichern.

Das ist unser Kurs. Dafür werden wir weiter verlässlich, verantwortungsbewusst und vorausschauend arbeiten im Sinne der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, wir kommen in die zweite Runde.

(Zuruf: Herr Dr. Gedeon meldet sich!)

– Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie kommen am Ende der Abgeordnetenredezeit zu Wort. Ich habe Sie nicht übersehen.

Wir kommen in die zweite Runde. Da Herr Abg. Dr. Rösler seine Redezeit schon ausgeschöpft hat,

(Zurufe: Oh! – Schade! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das war eine Punktlandung, auf die Sekunde genau!)

erteile ich das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Klein.

Abg. Karl Klein CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man heute die Haushaltsberatungen verfolgt und den einen oder anderen Redner hört, ist es gut, dass man schon einige Tage in diesem Landtag ist und sich an Haushaltsberatungen auch in der letzten Legislaturperiode erinnern kann.

Lieber Kollege Hofelich, wir verstehen uns gut; ich schätze Sie sehr. Ich hoffe, dass Sie den Grundsatz „Tarnen, Täuschen, Tricksen“, wie Sie ihn genannt haben, nicht aus Ihrer Zeit als Staatssekretär im Finanz- und Wirtschaftsministerium mitgebracht haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass Sie in der letzten Legislaturperiode, in der die Steuereinnahmen in einer Größenordnung von 8 Milliarden € bis 10 Milliarden € angestiegen sind, keinen einzigen Euro in eine faktische Schuldentilgung gesteckt haben. Außerdem haben Sie in dieser Zeit die Grunderwerbsteuerbesätze in Baden-Württemberg nahezu verdoppelt und zusätzliche Kredite in Höhe von 2 Milliarden € aufgenommen.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Zeit hätten Sie beweisen können, dass Sie den Haushalt konsolidieren. Sie hatten mit der Haushaltsstrukturkommission auch einen hehren Ansatz. Aber ich glaube, von diesem Ansatz ist nur die Absenkung der Eingangsbesoldung bei den Beamten hängen geblieben. Aber ansonsten wurden in dieser Zeit keine weiteren Konsolidierungsbeiträge erbracht.

(Zurufe der Abg. Peter Hofelich SPD und Tobias Wald CDU)

Meine Damen und Herren, wenn ich den Haushalt zusammenfassend betrachten darf, muss ich sagen: Die Frau Finanzministerin hat einen sehr soliden Haushalt und ein sehr vorsichtig kalkuliertes Haushaltswerk vorgelegt. Die Sanierungs- und Investitionsschwerpunkte wurden richtig gesetzt. In meinen

(Karl Klein)

Augen wurden auch Schwerpunkte im Bereich der öffentlichen Sicherheit gesetzt, was wir derzeit unbedingt brauchen. Es wurden auch zukunftsweisende Bildungsstandards gesetzt, und vor allem haben wir auch – ich verstehe nicht ganz, was die AfD dazu vorgebracht hat – einen Schwerpunkt im Rahmen der Digitalisierung und der Zukunftsoffensive gesetzt.

Wir haben aber auch Integrationsaufgaben. Jetzt muss ich die Mitglieder der AfD-Fraktion ansprechen. Das, was ich Ihnen nachtrage, ist ihr ständiger Versuch, die Digitalisierungskosten gegen die Integrationskosten auszuspielen. Wir sind bei der Aufgabe Digitalisierung einer Meinung, dass diese Schwerpunkt für die Zukunft sein muss.

Meine Damen und Herren AfD-Kollegen, nun zu den Integrationskosten: Was spricht eigentlich dagegen, den Menschen, die vor Krieg, Gewalt, Terror in unser Land flüchten und die Möglichkeit für einen zeitlich befristeten Aufenthalt erhalten, auch die Möglichkeit zu geben, eine zweite Sprache kennenzulernen, diesen Menschen die Gelegenheit zu geben, ein Staatswesen kennenzulernen, das demokratisch und vor allem solidarisch aufgebaut ist? Was spricht dagegen, diesen Menschen schulische Bildung zu geben? Was spricht dagegen, diesen Menschen auch eine berufliche Ausbildung zu geben, damit sie dann, wenn die Zeit ihres Aufenthalts hier abgelaufen ist, ihr Heimatland wieder aufbauen können?

(Beifall bei der AfD und Abgeordneten der CDU –
Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Deshalb kann ich nicht nachvollziehen, dass Sie Digitalisierung und Integration gegeneinander ausspielen wollen. Das sollten Sie in meinen Augen zurücknehmen. Da bin ich absolut nicht Ihrer Meinung.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU, den Grünen und der
SPD – Zuruf: Sehr gut!)

Was die Schuldentilgung anbetrifft, Herr Hofelich, gebe ich Ihnen recht. Darüber können wir diskutieren.

Wir können uns über die höheren Steuereinnahmen unterhalten, die Gott sei Dank in der letzten Legislaturperiode eingingen und auch zu Beginn dieser Periode eingehen, ob sie in die Schuldentilgung fließen oder für sinnvolle Sanierungen verwendet werden. Wenn man den gesunden Menschenverstand einschaltet, fragt man sich doch: Was ist betriebswirtschaftlich sinnvoller? Ist es besser, mit diesem Geld sinnvolle Sanierungen durchzuführen, um mehr Energie- oder Betriebskosten einzusparen, oder besser, Schulden zu tilgen, obwohl wir derzeit, finanzpolitisch gesehen, fast eine Nullverzinsung haben?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und
der SPD)

Es ist in meinen Augen doch nur wichtig, dass diese zusätzlichen Steuereinnahmen, die jetzt in Sanierungen fließen, für investive und nicht für konsumtive Maßnahmen verwendet werden und – vor allem – dass mit diesen Geldern ein strukturelles Defizit im Landeshaushalt nicht weiter aufgebaut, sondern entsprechend abgebaut werden kann.

Ich bin den Kommunen dankbar, dass wir eine einvernehmliche Regelung treffen und die Verbundquote von 23 % unan-

getastet bleibt. Herr Hofelich, das stand nicht infrage, und dieser Verbundsatz hat unsere Kommunen stark gemacht,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Dann müssen Sie mal mit
Herrn Kehle reden!)

das hat unser Land stark gemacht. Ich glaube, bei keiner Fraktion steht die Verbundquote von 23 % in der Diskussion.

Wir haben mit unseren Leistungen einen neuen Kommunalen Sanierungsfonds geschaffen, der die Kommunen stärkt. Dies ist ausschließlich Landesgeld und kein kommunales Geld, und dieser Sanierungsfonds steigt von 41 Millionen € auf 80 Millionen € an. Dieses Geld stellen wir den Kommunen für ganz sinnvolle Maßnahmen zur Verfügung, damit diese insbesondere auch im schulischen Bereich ganz notwendige, dringende Sanierungen in Angriff nehmen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir sollten uns darüber unterhalten, was der Länderfinanzausgleich für die Kommunen bewirkt. In der Tat wird die kommunale Steuerkraft mit einem erhöhten Satz einbezogen, was die baden-württembergischen Kommunen belastet. Dies müssen wir im Auge behalten.

Ich glaube, unser gemeinsames Ziel ist auch, dass der Bund nicht – das sage ich, auch wenn wir jetzt im Bund in der Verantwortung stehen – allmählich einen zweiten Länderfinanzausgleich schafft. Insbesondere die baden-württembergischen Kommunen stehen finanziell gut und weisen bundesweit die geringste Verschuldung aus. Sie dürfen jetzt auch keinen finanziellen Nachteil erleiden, wenn der Bund z. B. finanzschwachen Kommunen in anderen Bundesländern zur Seite springt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das sind eigentlich unsere Hausaufgaben, die wir beachten müssen.

Das Thema Integration habe ich bereits angesprochen. Hier ist es auch gut, dass wir den Kommunen und den Gemeinderäten vor Ort auch Verantwortung geben. Denn jede Kommune ist in Bezug auf die Integrationsleistung etwas anders aufgestellt. Gerade mit der Pauschale, die wir den Kommunen zur Verfügung stellen, ist es explizit so, dass jede Kommune wirklich haargenau selbst entscheiden kann, wo die Mittel für die Integration am besten angelegt sind.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und den Grünen)

In unserer Regierungsarbeit müssen wir darauf achten, dass die zusätzlichen Programme – jetzt auch 70 Millionen € über das Sozialministerium – so ausgelegt sind, dass sie vor allem unbürokratisch sind und sehr schnell greifen können.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Klein, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Karl Klein CDU: Jetzt bin ich am Ende meiner Rede, Frau Präsidentin.

Präsidentin Muhterem Aras: Wirklich nur noch einen Satz.

Abg. Karl Klein CDU: Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die wirklich sehr sachlichen Beratungen im Finanzausschuss; das waren wir so ja auch schon immer gewohnt. Ich möchte mich auch für die hervorragende Arbeit bedanken, die im Finanzministerium geleistet wurde. Im Namen der CDU-Landtagsfraktion möchte ich mich nochmals auch bei allen Fraktionen für das gute Miteinander hier bei diesen Beratungen bedanken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Podeswa.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit – das ist das Leitprinzip, unter dem diese Debatte hier geführt werden sollte. Und was hat man hier bisher gehört? Nur Geschwurbel und Nebelkerzen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der erste Redner, der die Wahrheit dieses Haushalts angedeutet hat, ist Herr Hofelich,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Oh! Von der falschen Seite!)

für dessen Klarheit ich mich hier ausdrücklich bedanke.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Da tun sich ja ganz neue Koalitionsperspektiven auf.

(Heiterkeit – Unruhe)

Was ist nur aus der CDU geworden? Finanzkompetenz: null.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Da muss erst Herr Hofelich auftreten. Und wie wird er formulieren? Er wird formulieren – und das hat er im Finanzausschuss auch getan –: Die finanziellen Reserven in diesem Haushalt haben ein nie gekanntes Ausmaß erreicht. Ja, natürlich haben sie ein nie gekanntes Ausmaß erreicht. Aber das versteht der Bürger doch nicht. Ein „nie gekanntes Ausmaß“ heißt eher 5 Milliarden € als 4 Milliarden € Fett, die in diesem Haushalt drin sind. Allein 3,5 Milliarden € – das ist aber abgerundet, es sind fast 3,6 Milliarden € – sind aus dem letzten Haushalt übrig geblieben. Die Steuerschätzung, deren Ergebnis vorlag, nachdem die Planung eingebracht war, liegt über 600 Millionen € höher.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Warum schauen Sie denn immer nach oben?)

– Weil Sie mich sowieso nicht verstehen. Vielleicht sitzen oben welche.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: In der Geschäftsordnung steht, dass Sie die Rede ans Parlament halten!)

In den Finanzgesprächen hat die Regierung 150 Millionen € gefunden. Der Haushalt hat mindestens 4 Milliarden € – 4 000 Millionen € – Fett. Das kann die Regierung gar nicht verbrauchen, wenn sie das Geld nicht verbrennen will.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Da merkt man mal, dass ihr keine Idee von Finanzen habt! Null Plan! – Gegenruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD: Aber Sie!)

Genau so, genau nach diesem Motto ist auch der ganze Haushalt gestrickt. Jede einzelne ideologische Blümchenposition wurde mit noch etwas mehr Geld bedacht. Ich habe ja nichts dagegen, wenn die Musikhochschule die „ostirakische Drumsala“ erforschen will, ein Musikinstrument, das hier niemand kennt,

(Heiterkeit bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Richtig!)

doch warum muss der Steuerzahler dafür 150 000 € zusätzlich zahlen,

(Beifall bei der AfD)

während die Bereitstellung von 500 000 €, um die Erweiterung der Polizeihochschulen zu planen – an Investitionen steht eh kein Cent im Haushalt drin –, nicht möglich ist?

(Der Redner zögert. – Abg. Thomas Dörflinger CDU: „Ja, wo bin ich jetzt?“)

– Ja, wo bin ich jetzt?

(Heiterkeit – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt ist der Text ausgegangen! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Er wäre gern im Fernsehen! – Weitere Zurufe)

Schulden tilgung ist in dieser Situation nicht möglich. Die Regierung geht sogar so weit – das muss man sich einmal vorstellen –, eine Gesetzesänderung einzubringen, um Schulden tilgung zu verhindern. Meine Damen und Herren Abgeordnete, dieser Haushalt wird tatsächlich in die Geschichte eingehen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Richtig! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sie gehen auch ein!)

Grün-Schwarz wird als die Koalition in die Geschichte eingehen, die endgültig ultimativ klargestellt hat: Eine Staatschulden tilgung wird es niemals geben. Denn wenn nicht jetzt, wann dann? Aus diesem Grund werden wir den Haushalt auch insgesamt ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Dem neuen Koalitionär der AfD!)

Abg. Peter Hofelich SPD: Danke schön. Höfliche Menschen sagen immer Danke schön. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es ist gut, zu dem, was gerade gesagt worden ist, noch einmal Stellung

(Peter Hofelich)

nehmen zu können. Frau Staatssekretärin, Frau Ministerin, ich weiß nicht, wen Sie im Ministerium gezwungen haben, Ihnen den Satz aufzuschreiben, dass ich mich aus verantwortlicher Haushaltspolitik zurückziehen würde.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ist es so, dass im Ministerium immer alles aufgeschrieben wird? Wissen Sie das?)

Aber es stimmt halt nicht. Ich sage es Ihnen noch einmal: Wir haben die Anträge unterlegt. Die beantragten Mehrausgaben in Kapitel 0608 werden gedeckt durch Minderausgaben in Kapitel 0620. Die investiven Mehrausgaben – bei der SPD: 116 Millionen € – werden auch durch Rücklagen gedeckt. Schuldentilgung: 411 Millionen € – bekannt, Herr Aden –, natürlich gedeckt durch die Überschüsse der Vorjahre. Deshalb: Die von der SPD-Fraktion beantragten Mehrausgaben sind ganz klar gedeckt.

Der einzige Unterschied zwischen uns ist der, dass unsere zu veranschlagenden Mehreinnahmen für Maßnahmen verwendet werden sollen, die politisch von Ihnen nicht gewollt sind, und dass Sie Ihre eigenen umsetzen wollen. Aber wir machen in diesem Haushalt kenntlich, dass wir bei der Krankenhausfinanzierung, beim Wohnungsbau und bei den Lehrern wirklich einen Schritt nach vorn machen wollen. Das ist auch die Konfliktlinie in diesem Haushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lieber Karl Klein, es stimmt nicht, dass wir keine Schulden getilgt hätten. Auch unter der souveränen Führung des Ausschusses in der letzten Legislaturperiode ist klar geworden, dass der Begriff „implizite Verschuldung“ bereits länger existiert. Dessen Kreation hat der Kollege Aden fälschlicherweise der Frau Sitzmann zugesprochen, aber das stimmt nicht. Diesen Begriff gibt es schon länger. Vielleicht hat sie als strenge Fraktionsvorsitzende an dessen Schaffung mitgewirkt. Tatsache ist, dass auch wir diesen Begriff selbstverständlich hatten. Denn implizite Schulden existieren. Wir wollen nur nicht, dass dieser Begriff für eine Änderung der Landeshaushaltsordnung in Dienst genommen wird. Das sage ich, damit das klar ist. Selbstverständlich gibt es diese.

Im Bereich der Pensionsvorsorge sowie im Bereich der Brücken und der Gebäude ist seit den Zeiten der Regierung von CDU und FDP/DVP natürlich mehr geschehen. Deshalb haben wir mit dem Geld, das wir in der vergangenen Periode hatten, einiges getan, was per saldo eine Entlastung des Landes Baden-Württemberg herbeigeführt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen will ich Ihnen nur sagen: Vergessen Sie das Getöse. Sie haben ein Problem mit diesem Haushalt. Sie haben zu viel Fassade und zu wenig klare Linie. Das sage ich Ihnen noch einmal.

Für die klare Linie möchte ich Ihnen zwei Dinge noch einmal ans Herz legen. Erstens: Wir brauchen in Baden-Württemberg eine starke und effektive Steuerverwaltung.

(Beifall des Abg. Karl Klein CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Deswegen stärken wir sie!)

Es ist wichtig, dass wir auch in Zukunft Einnahmen haben, um die Steuergerechtigkeit sicherzustellen. Deswegen muss es bei den Anstrengungen weitergehen, dass wir nicht mehr zulassen, dass die Finanzämter personell unterbesetzt sind. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, in fünf Tranchen jeweils 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen, um die Steuerverwaltung zu stärken.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

So wie wir übrigens mit dem Technikpaket in der letzten Legislaturperiode auch das Thema Digitalisierung in der Steuerverwaltung gestärkt haben, muss es weitergehen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Genau! Machen wir doch!)

Ich fordere Sie auf, auch etwas hinsichtlich besserer Bezahlung zu tun.

(Abg. Thomas Dörflinger CDU: Sie haben sie abgelehnt!)

Sie haben sich in dieser Haushaltsdebatte dagegen gesperrt. Ich fordere Sie auf, dass wir hier vorankommen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Machen wir doch! 178 Stellen, hat sie gesagt! – Abg. Tobias Wald CDU: Fünf Jahre lang nicht gemacht!)

– Ja, ja, diesen Satz kenne ich.

Zweitens: Ich erwarte von einer Finanzministerin, dass sie auch in Berlin stark ist. Ich erwarte von ihr auch, dass sie bei der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen darauf achtet, dass die Länderaufgaben gestärkt werden. Es nützt uns nichts, wenn vom Bund weiterhin – Kollege Klein hat dies angesprochen – eine Aushöhlung des Föderalismus und damit auch eine schwierigere Situation unserer Kommunen gefördert wird.

Es ist die Aufgabe verantwortungsvoller Finanzpolitik in Baden-Württemberg, dafür hinzustehen, dass die Aufgaben, die die Länder haben, auch entsprechend finanziert werden. Dafür muss man in Berlin kämpfen, wenn es beispielsweise um die Steueranteile, etwa bei der Mehrwertsteuer, geht. Daran werden wir Sie messen, ob Sie tatsächlich in der Lage sind, das künftig auch zu tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Das gilt auch für die Steuerpolitik. Der Ministerpräsident war sich nicht zu schade, darauf hinzuweisen, dass der baden-württembergische Wunsch, bei der steuerlichen Förderung des Wohnungsbaus, die in der Tat eine wichtige Komponente und auch notwendig ist, etwas zu tun, auf der Bundesebene nicht ins Leere laufen darf. Innerhalb der Bundesregierung gab es aber eine Situation, bei der klar war, dass das Konzept, das vorhanden war, nur zu preislichen Überhitzungen in den Großstädten und zu starken Mitnahmeeffekten führen würde. Deswegen war klar, dass das vorhandene Konzept noch nicht das richtige ist. Dagegen anzugehen – wohl wissend, dass die eigene Sprecherin für Finanzen der Grünen im Bund, ich habe den Zettel nicht dabei, aber ich möchte Sie mit dem Vorlesen auch nicht quälen, völlig dafür war, ...

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Hofelich, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Peter Hofelich SPD: ... dass man diesen Kompromiss nicht macht –, das ist schon ein starkes Stück vom Ministerpräsidenten gewesen. Das war wirklich eine doppelte Haushaltsführung, die er da gemacht hat.

(Vereinzelte Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Hofelich!

Abg. Peter Hofelich SPD: Wir wollen, dass wir in Baden-Württemberg im Wohnungsbau auch steuerlich etwas tun. Dafür gilt es aber in der Breite, bei der Miete und bei den Mietern zu wirken. Wir wollen, dass Baden-Württemberg hier Akzente setzt.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Hofelich, ein letzter Satz.

Abg. Peter Hofelich SPD: Wir wollen eine Steuerpolitik für Baden-Württemberg.

Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn ich mir die Ausführungen meiner Vorredner in Erinnerung rufe, insbesondere die von Herrn Rösler von den Grünen, dann muss ich sagen: Die AfD ist eine schreckliche Partei,

(Zuruf: Wie bitte?)

eine ganz schreckliche Partei.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die AfD? – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben sich gestern schon beklagt!)

– Ja. Die wollen die Mittel für Friedensbildung, für die Integration, ja sogar für eine weltoffene, tolerante Gesellschaft streichen. Die Spitze des Skandals: Auch die Kirchenmittel sollen noch gestrichen werden.

Wenn wir die grün-rote Brille von Herrn Rösler absetzen, dann sieht die Sache etwas anders aus. Meine Damen und Herren, es kommt auf die Deutung der Begriffe an.

Was verstehen Sie unter „Integration“? Was verstehen Sie unter „offener Gesellschaft“?

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Was verstehe ich unter „Kirche“?)

Unter „Integration“ verstehen Sie ja nicht das Fitmachen der Flüchtlinge für deren Rückkehr. Darunter verstehen Sie ja, dass wir sie hier behalten, darunter verstehen Sie noch mehr ethnokulturelle Durchmischung, noch mehr Zuwanderung. Das ist Ihre „Integration“. Unter „weltoffener Gesellschaft“

verstehen Sie eine Gesellschaft, in der die Deutschen in zwei Generationen die Minderheit im eigenen Land darstellen. Das wollen wir nicht auch noch finanziell unterstützen, meine Damen und Herren.

(Lebhafte Unruhe bei den Grünen und der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Das soll der Bund allein finanzieren!)

Was die Kirchen anlangt, meine Damen und Herren: Anstatt hier die religiöse Wüste Europa zu missionieren und religiös zu bearbeiten, betätigen die sich als fünfte Kolonne rot-grüner Agitation, und das brauchen wir nicht, und das unterstützen wir auch nicht mit öffentlichen Mitteln.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Unglaublich! „Fünfte Kolonne“! – Abg. Hans-Ulrich Scerif GRÜNE: Eine unglaubliche Diffamierung aus Ihrem Mund! Gehen Sie doch Bücher schreiben! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ist das die AfD-Position?)

Meine Damen und Herren, wenn Sie also die rot-grüne Brille abnehmen und die Sache etwas objektiver sehen, dann werden Sie feststellen, dass die Haushaltsvorschläge der AfD äußerst sinnvoll, äußerst verantwortungsbewusst und im Interesse der deutschen Bevölkerung und ihrer Zukunft sind.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Bezeichnend! Die großen Fans von Herrn Gedeon in der AfD-Fraktion! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

– Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten. – Wir kommen deshalb unter Tagesordnungspunkt 1 b zur Abstimmung über den Einzelplan 06 – Ministerium für Finanzen. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1306.

Zunächst kommen wir zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung. Den hierzu vorliegenden Änderungsantrag werde ich beim entsprechenden Kapitel aufrufen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 0601

Ministerium

Wer Kapitel 0601 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0601 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0602

Allgemeine Bewilligungen

Wer Kapitel 0602 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0602 mehrheitlich zugestimmt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 3 und 4, Kapitel 0603 – Landesbetrieb Competence Center – und Kapitel 0607 – Statistisches Landesamt –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe die beiden Nummern 3 und 4

Kapitel 0603

Landesbetrieb Competence Center

und

Kapitel 0607

Statistisches Landesamt

gemeinsam auf. Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesen beiden Kapiteln 0603 und 0607 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 0608

Steuerverwaltung

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1406-1, vor, der im Betragsteil eine Mittelerhöhung und im Stellenteil Änderungen vorschlägt, um die Attraktivität der Arbeit in der Finanzverwaltung zu erhöhen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0608 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0608 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Nun schlage ich vor, die Abstimmung über die neun Nummern 6 bis 14, Kapitel 0610 – Landeszentrum für Datenverarbeitung – bis –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich möchte bitten, nur die Kapitel 0610 bis 0618 zusammenzufassen!)

– Die Nummern 6 bis 9, bis Kapitel 0618 statt 0624?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau! Kapitel 0610 bis 0618!)

– Ja, okay. Wir fassen also die Kapitel 0610 – Landeszentrum für Datenverarbeitung – bis Kapitel 0618 – Landesamt für Bezahlung und Versorgung – zusammen.

Daher rufe ich jetzt die

Kapitel 0610 bis Kapitel 0618

gemeinsam auf. Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0610 bis 0618 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Können wir die Kapitel 0620 bis 0624 zusammenfassen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein, eben nicht! 0620 separat! Deswegen mein Vorschlag!)

Dann rufe ich jetzt auf

Kapitel 0620

Betriebe und Beteiligungen

Wer Kapitel 0620 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0620 mehrheitlich zugestimmt.

Können wir die Abstimmung über die Kapitel 0621 – Staatlicher Verpachtungsbetrieb – bis 0624 – Staatsweingut Meersburg – zusammenfassen? – Gut. Dann rufe ich

Kapitel 0621 bis Kapitel 0624

gemeinsam auf. Wer den Kapiteln 0621 bis 0624 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 0621 bis 0624 mehrheitlich zugestimmt. Vielen Dank.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1306, abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 23. November 2016, Drucksache 16/1120, soweit diese den Einzelplan 06 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 06. Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der AfD)

Nun kommen wir in der Zweiten Beratung zum Tagesordnungspunkt 1 c und damit zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1312. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen.

Zunächst rufe ich die Nummer 1 auf:

Kapitel 1201

Steuern

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1312. Wer Kapitel 1201 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1201 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1312. Wer Kapitel 1202 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt,

(Präsidentin Muhterem Aras)

den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1202 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Wer Kapitel 1204 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1204 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1312. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 633 06 N – Förderung der kommunalen Lasten im Bereich der Integration (§ 29 d Abs. 1 FAG) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1412-4, vor, der eine Mittelkürzung fordert. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 633 07 N – Förderung der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (§ 29 d Abs. 2 FAG) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1412-5, vor, der ebenfalls eine Reduzierung der Mittel verlangt. Wer dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1205. Wer Kapitel 1205 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1205 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 1206

Schulden und Forderungen

Zu Titel 325 86 – Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt – liegen je ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP zum Thema „Abbau der Neuverschuldung“ vor.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1412-1, der weitergehend ist als die beiden anderen Änderungsanträge. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1412-3. Wer diesem Änderungs-

antrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1412-6. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Anton Baron AfD: Also das ist unglaublich! Kartellparteien! Das ist unglaublich! – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir haben es halt nicht verstanden!)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Kapitel 1206. Wer Kapitel 1206 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1206 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 1208

Staatlicher Hochbau

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1312.

Zu Titel 715 55 N – Planungsmaßnahmen für Neu- und Umbaumaßnahmen Fachhochschule der Polizei in Villingen-Schwenningen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1412-7, vor, der die Einstellung eines Haushaltsansatzes für Planungsmaßnahmen für Neu- und Umbaumaßnahmen fordert. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt. Gibt es fünf Unterstützer, wie sie von der Geschäftsordnung verlangt werden? – Vielen Dank. Damit sind die Voraussetzungen erfüllt.

Meine Damen und Herren, wer dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 16/1412-7, zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ablehnt, der antworte mit Nein. Wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

Jetzt darf ich Frau Schriftführerin Reich-Gutjahr bitten, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben P.

(Namensaufruf)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Ist noch jemand im Saal, der nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen. Wir fahren derweil in der Tagesordnung fort.

(Auszählen der Stimmen)

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmungen über die Nummern 7 und 8, über Kapitel 1209 – Staatsvermögen – und Kapitel 1210 – Versorgung –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

(Zuruf von der SPD: Nein! – Abg. Reinhold Gall SPD: Getrennte Abstimmung, bitte!)

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

– Getrennte Abstimmung. Dann rufe ich zunächst auf:

Kapitel 1209

Staatsvermögen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1210

Versorgung

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 9 auf:

Kapitel 1212

Sammelansätze

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1312. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Zu Titel 359 05 – Entnahmen aus der Rücklage für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen sowie Ersatzinvestitionen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1412-2, vor, der eine Erläuterung im Haushaltsplan ergänzt und zur Gegenfinanzierung der Mittel zur Herstellung der Barrierefreiheit dient. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 919 01 – Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1412-8, vor, der begehrt, die Mittel für die Rücklage zu streichen. Dieser Antrag ist weiter gehend als die Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/1412-9. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/1412-9, abstimmen, der neben dem Titel 919 01 – Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken – auch den Titel 919 10 – Zuführungen an den Versorgungsfonds des Landes Baden-Württemberg – betrifft. Sind Sie damit einverstanden, dass wir über die Ziffern 1 und 2 gemeinsam abstimmen? – Das ist der Fall.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Wer Kapitel 1212 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen mit den soeben beschlossenen

Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1212 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 10 und 11, Kapitel 1221 – Zukunftsoffensive III – und Kapitel 1222 – Zukunftsoffensive IV –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe die beiden

Kapitel 1221 und Kapitel 1222

also gemeinsam auf. Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Den Kapiteln 1221 und 1222 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 12 auf:

Kapitel 1223

Zukunftsinvestitionen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1312. Wer Kapitel 1223 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1223 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt darf ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1412-7, bekannt geben:

Beteiligt haben sich 126 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 20 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 104 Abgeordnete gestimmt;
enthalten haben sich zwei Abgeordnete.*

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD ist damit abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Lars Patrick Berg, Klaus Dürr, Dr. Heinrich Fiechtner, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Dr. Jörg Meuthen, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Stefan Räßle, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Daniel Andreas Lede Abal, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Jürgen Walter, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörfinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Paul Nemeth, Christine Neumann, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Stefan Teufel, Georg Wacker, Tobias Wald, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Furst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Dr. Nils Schmid, Rainer Stichelberger, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölflle.

FDP/DVP: Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Jürgen Keck, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Der Stimme e n t h a l t e n haben sich:

FDP/DVP: Dr. Gerhard Aden.

Fraktionslos: Claudia Martin.

*

Jetzt müssen wir noch über Kapitel 1208 insgesamt abstimmen. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist mehrheitlich so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 12 angelangt.

(Unruhe)

– Wir haben namentlich über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD abgestimmt. Über das Kapitel selbst haben wir danach abgestimmt. So ist es korrekt.

Jetzt kommen wir in der Zweiten Beratung unter Tagesordnungspunkt 1 d zur A b s t i m m u n g über das Staatshaushaltsgesetz 2017, Drucksache 16/1117. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1317. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich an der entsprechenden Stelle aufrufen.

Ich rufe auf

§ 1

Feststellung des Staatshaushaltsplans

Aufgrund der bei den Einzelplänen 01 – Landtag –, 03 – Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration –, 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport –, 07 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau –, 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft –, 12 – Allgemeine Finanzverwaltung –, 13 – Ministerium für Verkehr – und 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – in der Zweiten Beratung angenommenen Änderungsanträge müssen im Gesamtplan die Haushaltsübersicht sowie die Finanzierungsübersicht für das Haushaltsjahr 2017 jeweils angepasst werden. Die Änderungen können Sie der Übersicht, die Ihnen soeben ausgeteilt wurde, entnehmen.

Wer § 1 mit diesen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 1 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Stelleneinsparverpflichtungen

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 2 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Bewirtschaftung von Planstellen und Stellen

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 3 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Kreditaufnahme

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1417-1, zu Absatz 1 Nummer 2 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1417-2, der fordert, Absatz 16 aufzuheben. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über § 5 – Gewährleistungen – bis § 7 – Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen – zusammenzufassen. – Sie stimmen dem zu.

§ 5 bis § 7

Wer den §§ 5 bis 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Den §§ 5 bis 7 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 8

Vermögensgegenstände und Grundstücke

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/1317. Wer § 8 zustimmt, den bitte ich um

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 8 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen nun vor, die Abstimmung über die §§ 9 – Umsetzungen – bis 14 – Inkrafttreten – zusammenzufassen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein!)

– Sie stimmen nicht zu. Sie wollen getrennte Abstimmung über

(Abg. Reinhold Gall SPD: § 9 und § 10!)

die §§ 9 und 10.

Wir stimmen erst über § 9 ab:

§ 9

Umbesetzungen

Wer § 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 9 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir stimmen über § 10 ab:

§ 10

Ausgabereise

Wer § 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 10 ist mehrheitlich so beschlossen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, ich bitte, auch die anderen einzeln aufzurufen!)

– Die anderen auch einzeln.

Ich rufe auf

§ 11

Verwendung von Mitteln des Wettmittelfonds nach § 12 Absatz 2 Landesglücksspielgesetz

Wer § 11 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 11 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 12

Verwendung von Erträgen nach § 36 Landesglücksspielgesetz

Wer § 12 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 12 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 13

Anordnungsermächtigung des Finanzministeriums

Wer § 13 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 13 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 14

Inkrafttreten

Wer § 14 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 14 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt haben wir noch abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1417-3. Er fordert, die Kreditmarktschulden des Landes abzubauen. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Der Entschließungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017 – ist damit abgeschlossen. Die Dritte Beratung findet am 22. Februar 2017 statt.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 2 und damit in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über das Haushaltsbegleitgesetz 2017, Drucksache 16/1118. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1318. Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt Ihnen in Abschnitt I der Beschlussempfehlung, dem Gesetzentwurf mit Änderungen in Artikel 3, also bei der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, zuzustimmen.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des KIT-Gesetzes

mit den Nummern 1 bis 3. Sind Sie damit einverstanden, über die Nummern 1 bis 3 insgesamt abzustimmen? – Das ist der Fall. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landeshochschulgebührengesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

mit den Nummern 1 bis 22 in der Fassung von Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

16/1318. Zu Artikel 3 Nummer 20 liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/1418-3, vor, der eine redaktionelle Anpassung vorsieht.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich zuerst den Änderungsantrag und dann die Nummern 1 bis 22 insgesamt zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Wer Artikel 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1418-1, auf, der fordert, einen neuen Artikel 3 a – Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg – aufzunehmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt. Somit wird kein neuer Artikel 3 a aufgenommen.

Ich rufe auf

Artikel 4

Inkrafttreten und Übergangsvorschrift

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. Februar 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Haushaltsbegleitgesetz 2017“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen nun zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer stimmt gegen das Gesetz? – Wer enthält sich der Stimme? –

(Zuruf von der AfD)

Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1418-2, abzustimmen, der die schrittweise Anhebung der Eingangsbesoldung, beginnend mit dem Jahr 2018 und endend mit dem Jahr 2020, fordert. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 13. Dezember 2016 – Bericht der Gemeinsamen

Finanzkommission –, Drucksache 16/1121, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen nun unter Punkt 3 der Tagesordnung zur Abstimmung über die Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 20. Dezember 2016 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2016 bis 2020 –, Drucksache 16/1119. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/1319. Der Ausschuss für Finanzen schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 20. Dezember 2016, Drucksache 16/1119, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dieser Beschlussempfehlung zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt geht es um uns selbst. Da sollten wir vielleicht ein bisschen aufmerksamer sein.

Zweite Beratung

a) des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 16/1582

b) des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 16/1583

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/1586

Berichtersteller: Abg. Dr. Stefan Scheffold

Meine Damen und Herren, der Landtag hat festgelegt, in der Zweiten Beratung auf eine Aussprache zu verzichten.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen in Drucksache 16/1586, die beiden Gesetzentwürfe zusammenzuführen und ihnen in der vorliegenden Fassung zuzustimmen. Von den Initiatoren der Gesetzentwürfe ist allerdings beantragt worden, über die beiden Gesetzentwürfe getrennt abzustimmen.

Wir kommen deshalb zunächst zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1582.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Abgeordnetengesetzes

Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich die fünf Nummern dieses Artikels gemeinsam zur Abstimmung stelle. – Sie stimmen diesem Vorschlag zu.

Wer Artikel 1 mit den Nummern 1 bis 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. Februar 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. –

(Zuruf: Pfui!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur A b s t i m m u n g über den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1583.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Abgeordnetengesetzes

Bevor wir in die Abstimmung über Artikel 1 eintreten, gebe ich folgenden Hinweis: Da wir heute bereits einer Änderung des Abgeordnetengesetzes zugestimmt haben, bitte ich Sie, damit einverstanden zu sein, dass das Ausfertigungs- und Verkündungsorgan ermächtigt wird, die Fundstellenangabe im Einleitungssatz von Artikel 1 anzupassen. – Sie stimmen dem zu.

Ich schlage Ihnen vor, die zehn Nummern dieses Artikels gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Artikel 1 mit den Nummern 1 bis 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Übergangsregelungen

Ich schlage Ihnen vor, die zwei Nummern dieses Artikels gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. – Sie stimmen auch diesem Vorschlag zu.

Wer Artikel 2 mit den Nummern 1 und 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 2 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 3 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. Februar 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe die **Punkte 5 und 6** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 5:

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 16/1452

Punkt 6:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/1347

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am 22. Februar 2017 um 9:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der AfD)

Schluss: 12:08 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der AfD

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus *) ausgeschieden am 31.12.2016 mit Niederlegung des Mandats	tritt ein
Ständiger Ausschuss	Mitglied	Räpple	Sänze
Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration	Mitglied Mitglied stellvertretendes Mitglied	– Dr. Fiechtner Rottmann	Dürr Rottmann Räpple
Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	Mitglied Mitglied stellvertretendes Mitglied	– Räpple Dr. Kuhn *)	Dürr Gögel Dr. Grimmer
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	Mitglied stellvertretendes Mitglied stellvertretendes Mitglied stellvertretendes Mitglied	Räpple Dr. Kuhn *) – Dr. Podeswa	Dr. Podeswa Dürr Wolle Berg
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Mitglied stellvertretendes Mitglied stellvertretendes Mitglied	Dr. Kuhn *) Herre –	Herre Berg Dürr
Ausschuss für Soziales und Integration	stellvertretendes Mitglied	Dr. Kuhn *)	Dürr
Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	stellvertretendes Mitglied stellvertretendes Mitglied	Dr. Kuhn *) –	Dürr Dr. Meuthen
Ausschuss für Verkehr	stellvertretendes Mitglied stellvertretendes Mitglied	Dr. Kuhn *) –	Dürr Klos
Ausschuss für Europa	stellvertretendes Mitglied	Dr. Kuhn *)	Klos
Petitionsausschuss	Mitglied stellvertretendes Mitglied	– Stauch	Stauch Herre

09.02.2017

Dr. Meuthen, Baron und Fraktion

Vorschlag

der Fraktion der AfD **)

Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Das Unterstützernetzwerk des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“

Funktion	scheidet aus	tritt ein
Mitglied	–	Dr. Baum
Mitglied	–	Stauch
stellvertretendes Mitglied	Dr. Baum	Dr. Grimmer
stellvertretendes Mitglied	–	Wolle

09.02.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

**) Hinweis der Landtagsverwaltung:

Die von der AfD-Fraktion gewünschte Umbesetzung würde das Ausscheiden eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds der Fraktion der CDU erfordern (vgl. § 17 a der Geschäftsordnung – Stärkeverhältnis der Fraktionen nach dem Höchstzahlverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers).